

DIE ZEIT IST JETZT –

Für eine sozialistische Vision!

BESCHLÜSSE DER LANDESKONFERENZ 2016
Gera, 01./02.10.2016

DIE
ZEIT
IST
JETZT

JUSOSTHÜRINGEN.DE



Inhaltsverzeichnis

Leitantrag

A1 Die Zeit ist jetzt - für eine sozialistische Vision!	4
---------------------------------------------------------	---

Bildung & Digitales

B1 Die Zeit ist jetzt. Demokratisiert die Schule – für Schüler*innenparlamente!	9
B2 Die Zeit ist jetzt für bessere Hochschulen!	10
B3 Kostenlose Schüler*innenbeförderung für alle	13
B4 Promotionsrecht an Thüringer Fachhochschulen Jetzt!	13
B5 Eine echte BAföG-Reform	13
B6 Abschaffung des Religionsunterrichts an Thüringer Schulen	14
B7 Interkulturelle Erziehung / Pädagogik in Bildungseinrichtungen	14
B8 Meine Daten gehörten mir! – Herausforderungen im Zeitalter der Digitalisierung	15

Soziales & Gesundheit

C1 Medizinische Versorgung von chronisch kranken Frauen* verbessern	17
---------------------------------------------------------------------	----

Demokratie & Partizipation

D1 Reclaim the stage: Politik vom neoliberalen Konsens lösen!	19
D2 Jugendarbeit nicht nur in reichen Kommunen	21
D3 Die Zeit ist jetzt für eine selbstbestimmte Jugend	22

Arbeit

E1 Armutsfeste und sanktionsfreie Grundsicherung einführen	24
E2 Für ein Ehrenamtsgesetz in Thüringen	24
E3 Mindestlohnkommission muss öfter tagen!	24
E4 Für ein besseres Leiharbeitsgesetz	25

Finanzen

F1 Vermögenssteuer	25
F2 Freizügigkeit durch Steuernummer	25

Gleichstellung

G1 Zur Sensibilisierung und Reflexion zum Gesetz "Nein heißt Nein"	25
--------------------------------------------------------------------	----

Antifa & Antira

H1 Bildet Banden - Gegen die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements	26
H2 Die Zeit ist jetzt, für eine Klare Kante gegen die AfD!	29
H3 Dem rechtspopulistischen B. Höcke und anderen Rassist*innen den Lehrauftrag entziehen!	32

Internationales & Europa

- I1 Europa geht vor die Hunde, Mädchen, traurig, aber wahr! 32
- I2 Die Zeit ist jetzt...für doppelte Solidarität – #20JahreWBC 34

Freiheit

- F1 Kein Burka , Nikab oder Burkiniverbot 34
- F2 Ziviler Ungehorsam ist kein Verbrechen! 34

Kommunales & Infrastruktur

- K1 Neue Gemeinnützigkeit 35

Partei & Organisatorisches

- P1 Unsere sozialistische Vision ist mit der GroKo nicht vereinbar 36
- P2 Rot-Rot-Grün weitermachen! 39
- P3 Die Zeit ist jetzt, mit unseren Visionen zu überzeugen. 39
- P4 Mehr Jusos in SPD Gremien 41
- P5 Urwahl der Spitzenkandidat*innen 41
- P6 Antragskommission 41

Umwelt

- U1 Küken-Schreddern verbieten 42
- U2 Mikroplastik verbieten – den Schutz von Mensch und Tier vorantreiben! 43

W

- W1 Menschen sind scheiße – stop being stupid. 43
- W2 Rote Rakete – Im Zweifel für die Freiheit! 43
- W3 Initiative für mehr Juso-Babys 43

Leitantrag

A1 | Die Zeit ist jetzt - für eine sozialistische Vision!

Wir sind die Bewegung der Entrechteten!

Die Globalisierung hat einen kritischen Punkt erreicht. Menschen überall auf der Welt nehmen es nicht mehr hin, dass ihnen trotz freiem Welthandel, international agierender Konzerne und umfassender digitaler Vernetzung nicht der gleiche Zugang zu Wohlstand zustehen sollte wie den Menschen in den Industrieländern des globalen Nordens, während sie zugleich ökologisch, sozial und teilweise militärisch die Konsequenzen tragen. Die globale Migrations- und Flüchtlingsbewegung bringt die Widersprüche des europäischen Teilhabeversprechens radikal zum Vorschein: Wir haben es mit einer neuen politischen Bewegung zu tun, die zusammen mit den internationalen Arbeiter*innen- und Frauenbewegungen dem Klassenkampf im 21. Jahrhundert eine neue Gestalt gibt. Wir Jungsozialist*innen verstehen uns als Teil und Fürsprecher*innen dieser neuen Bewegung.

Als Jungsozialist*innen und Sozialdemokrat*innen sehen wir es als unsere Aufgabe, im globalen Kampf um Teilhabe den Ausgeschlossenen und Ausgegrenzten eine Stimme zu geben. Die Herausforderungen der Migration betrachten wir als Chance und Anregung unsere Gesellschaft solidarischer, gerechter und pluraler zu entwickeln. Anders als konservative und rechte Parteien werden wir die Enttäuschung prekarisierter Schichten nicht durch Autoritäts- und Dominanzversprechen ruhigstellen. Anders als die sogenannte Linke kämpfen wir entschieden gegen linksnationalistische Tendenzen der Querfront, machen die globale Perspektive stark, suchen nach Lösungen und wollen diese auch umsetzen.

Die sozialdemokratische Idee von Gesellschaft ist seit jeher mit einem Aufstiegsversprechen für diejenigen verbunden, die in der kapitalistischen Ordnung von Teilhabe ausgeschlossen und ausgebeutet werden. Aus dieser Tradition heraus stehen wir in besonderer politischer Verantwortung für Menschen, die in Deutschland und in Thüringen ein neues Zuhause suchen.

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist bedroht.

Dabei sehen wir uns mit einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft – in arm und reich, in Demokratieverdrossene und Demokratieoptimistische, in Integrierte und sozial Abgehängte - konfrontiert, die unserem Teilhabeverprechen entgegensteht. Die Sozialdemokratie hat bisher noch keinen klaren Kurs als Reaktion auf diese Entwicklung gefunden. Von Umfragewerten getrieben sucht die Sozialdemokratie nach einer vermeintlichen Mitte in der Hoffnung, deren Gunst zu erwerben. Dabei verwischen die Grenzen der großen Parteien, vielen Menschen ist der Unterschied zwischen der SPD und der CDU nicht mehr klar. Gleiches gilt in Teilen für linke und rechte Politik im Allgemeinen. Ursache dafür ist die Tatsache, dass soziale und wirtschaftliche Inhalte in der öffentlichen Debatte zunehmend in den Hintergrund geraten sind und sich politische Debatten auf die Frage des Erhalts oder der Änderung des Status quo unserer institutionellen Ordnung beziehen. Die SPD kann weder auf Bundes- noch auf Landesebene glaubwürdig vertreten, wie sie gegen Armut, Prekarität und sozialen Abstieg vorgehen will. Den Ergebnissen großer Meinungsumfragen und vermeintlicher Sachzwänge entsprechen wollend verliert sich die große sozialdemokratische Vision in einem angenommenen gesellschaftlichen Konsens, der die Lebensrealitäten vieler Menschen nicht abbildet und ihre Vorstellung von Gesellschaft nicht trifft.

Wir stellen die Frage nach Kapital und Arbeit. Und noch viele andere.

Hierin liegt jedoch unsere Chance. Wir Jungsozialist*innen wollen die Sozialdemokratie wieder zur Vertreterin derjenigen Gruppen machen, die von Teilhabe und Wohlstand strukturell ausgeschlossen werden oder denen der Zugang hierzu erschwert wird. Wir werden alle Widersprüche, die zum Auseinanderdriften unserer Gesellschaft führen, klar benennen und darauf drängen, dass sie wieder ins Zentrum sozialdemokratischer Politik rücken. Wir werden dafür eintreten, dass die SPD deutlich

Leitantrag

und in erster Linie für die Rechte von Arbeitnehmer*innen, Angestellten, Arbeitslosen und all jenen eintritt, denen vollumfängliche gesellschaftliche Teilhabe verweigert wird, und dies unabhängig ihres Glaubens, ihrer Herkunft, Geschlecht, Sexualität und ihrer Religion. Dazu ist es notwendig, dass wir linke Politik als umfassende Antwort auf all die Mechanismen definieren, die uns vom guten Leben trennen. Wir brauchen in gesellschaftspolitischen Fragen eine klare Abgrenzung gegenüber rechten Parteien. Aber daneben darf der Streit um das richtige Wirtschaftsmodell, um soziale Sicherung und gute Arbeit nie aus dem Fokus der Sozialdemokratie rücken. Auch hier können wir rechten Parteien begegnen, denn sie haben keine Antworten auf die Frage, wie es gelingen kann, in Auseinandersetzung mit einem globalisierten kapitalistischen System dafür zu sorgen, dass es den Menschen gut geht. Sie haben keine Antworten auf soziale Fragen in einer globalisierten Welt.

Unser politisches Fundament war und ist stets die Arbeiter*innenklasse. Rechte Parteien versuchen zwischen unserem Bekenntnis zu einer humanistischen und der Menschenwürde verpflichteten Politik und den Interessen der Arbeitnehmer*innen einen Widerspruch herzustellen, den es nicht gibt. Dies müssen wir konsequent nach außen vertreten. Hierfür bedarf es aber auch einer Politik, die im Interesse der Arbeiter*innen, prekär Beschäftigten und Arbeitslosen agiert. Gerade heute, in einer Zeit, in der neoliberale Reformen in ganz Europa zulasten von sozialen Errungenschaften durchgesetzt werden, müssen wir klare Forderungen im Sinne der sozialen und ökonomischen Interessen der Nicht-Privilegierten stellen.

Unsere Antwort: Sozialistisch, menschlich, gerecht!

Unsere Gesellschaft ist in der Krise. Während Teile der Gesellschaft mit Resignation reagieren, beobachten wir bei politischen Verantwortungsträger*innen auch der Sozialdemokratie Orientierungslosigkeit. Dem wollen wir einen klaren Kurs entgegensetzen.

1. Für eine sozialistische Wirtschaftsagenda: Investition statt Austerität

Menschen, die keine Arbeit haben oder mit kleinen Einkommen auskommen müssen, benötigen und erwarten zurecht von einer linken Politik eine sozialistische Wirtschaftsagenda. Dazu gehören die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in wirtschaftspolitischen Fragen, ein faires Arbeitsrecht, die Umverteilung von Reichtum von oben nach unten und existenzsichernde Löhne. Aber auch der Entwurf einer Alternative zum globalen Kapitalismus muss Teil sozialistischer Wirtschaftspolitik sein. In den letzten 20 Jahren konnten die Privatvermögen rasant wachsen, die Reallöhne und Vermögenswerte der unteren Einkommensgruppen sind dagegen stagniert oder sogar gesunken. Ausgehend von der Agenda 2010 wurden Lohnverzicht und Mehrarbeit gepredigt. Ziel war es, die "Wettbewerbsfähigkeit" zu erhalten. Neoliberalismus, Austerität und eine Fixierung an den Interessen des Marktes haben die Politik Europas in den letzten Jahren geprägt. Gewonnen hat in diesem gnadenlosen Wettbewerb aller gegen alle nur das Kapital. Viel zu lange wurden für das Ziel der Eindämmung der Staatsverschuldung Strukturreformen zu Lasten der Rechte von Arbeiter*innen, Rentner*innen und jungen Menschen durchgesetzt, welche diese nicht zu verantworten haben. Galt es in den 80er Jahren noch, Arbeitnehmer*innenrechte auszuweiten, befinden wir uns heute in einem Abwehrkampf, um zumindest zu erhalten, was uns noch geblieben ist.

Sozialdemokratische Politik jedoch muss sich daran orientieren, allen Menschen Teilhabe zu ermöglichen, ein ausgeglichener Haushalt kann nicht das Hauptargument der SPD sein. Wir wollen Investitionen in Bildung, Infrastruktur, gute Arbeit, Gesundheit, Familie, Kultur und Lebensqualität anstatt Austerität. Viel zu lange hat sich die Sozialdemokratie vermeintlichen Spar- und Sachzwängen ergeben und diese als Grenzen ihres Handlungsspielraums definiert. Wir stellen die Frage nach den roten Linien linker Politik neu. Wir sind überzeugt davon, dass die Gewährleistung von Menschenwürde, u.a. über existenzsichernde Löhne, eine uneinschränkbare Grundsicherung und

Leitantrag

soziale Daseinsvorsorge, die rote Linie unserer Politik ist und nicht die angeblichen Anforderungen eines kapitalistischen Produktions- und Finanzsystems.

2. Eine neue Perspektive für alle Perspektivlosen: Wir wollen echte Teilhabe

Wenn wir aus den Wahlerfolgen der AfD und der Mobilisierungsstärke von Pegida eines lernen können, dann ist das der große Wunsch nach Veränderung in der Gesellschaft. Die Veränderung, die sich viele Menschen wünschen – gerechter Lohn, Zeit zum Leben neben der Arbeit, eine ausreichende Absicherung im Alter, Mitspracherechte, wenn die eigenen Lebenschancen beschnitten werden – wird es mit den rechten Parteien jedoch nicht geben. Nichts wird sich zum Positiven wandeln, wenn Grundrechte eingeschränkt werden. Wir müssen uns der kultur- und gesellschaftspolitischen Debatte stellen und sind sicher, mit unserem Konzept einer offenen Gesellschaft, die durch die Vielfältigkeit ihrer Mitglieder stärker wird, überzeugen zu können. Aber wir begegnen den rechten Parteien und Bewegungen auch dort, wo sie schwach aufgestellt sind: bei den sozialen und wirtschaftlichen Themen.

Wir sind die Partei, der es zukünftig gelingen muss, glaubhafte Antworten auf die sozialen Fragen unserer Zeit zu liefern, und die diese als einzige auch umsetzen kann. Wir kämpfen für den Sozialstaat, gegen Armut, gegen wirtschaftliche Missstände, gegen Ausbeutung und gegen soziale Ungerechtigkeit. Wir werden uns einsetzen für eine echte Umverteilung von oben nach unten, um alle Menschen vom gesellschaftlichen Wohlstand profitieren zu lassen. Wir fordern eine Rückkehr zu einer nachfrageorientierten Wirtschaft, deren Fokus auf dem europäischen Binnenmarkt liegt. Über der Forderung nach rein numerischem Wachstum und "Exportweltmeisterschaften" muss die Befriedigung der Konsum- und Emanzipationsbedürfnisse der Bevölkerung stehen. Dabei ist Arbeit aber nicht nur ein Instrument der Umverteilung - Arbeit bietet auch Selbstverwirklichung, gesellschaftliche Teilhabe und Selbstachtung. Dazu darf Arbeit jedoch nicht krank machen. Sie muss sicher sein, genug Freizeit bieten, gerecht entlohnt werden, Mitbestimmung gewährleisten und Entwicklungspotentiale eröffnen. Das gilt sowohl für "klassische" Arbeit wie auch für die immer bedeutender werdende digitale Arbeitswelt. Hier darf der Mensch nicht zum Sklaven der Technik werden! Auch Projekt- und Honorartätigkeiten, "Crowd-Working" oder Soloselbstständigkeit brauchen soziale Absicherung, geregelte Arbeitszeiten, Urlaub und gewerkschaftliche Organisation. Die Vereinbarkeit der Arbeit mit Familiengründung, Erziehung und Pflege muss weiter ausgebaut werden - damit "Care-Arbeit" keine reine Frauenarbeit bleibt. Wir setzen uns ein für sozialen Wohnungsbau und Entwicklungsstrategien für die soziale Stadt, damit das Leben in jedem Viertel lebenswert ist. Unser Ziel ist die Stärkung des staatlichen Rentensystems unter Eingliederung des Pensionssystems, sodass private Vorsorge überflüssig wird sowie eine Neuordnung des Gesundheitssystems, in das alle gleichermaßen einzahlen und die beste Gesundheitsversorgung denjenigen zukommt, die sie benötigen und nicht denen, die privatversichert sind. Am zentralen sozialdemokratischen Teilhabeversprechen an kostenloser Bildung von der Kita bis zur Hochschule halten wir fest. Wir stehen ein für eine Ausbildungsgarantie für junge Menschen, damit niemand mehr abgehängt wird und für Arbeitsmarktprogramme, die auch denen eine Chance geben, die durch die aktuelle Politik längst abgeschrieben wurden. Neue Perspektiven soll ein dichtes Netz sozialer Sicherungen von Präventions-, Unterstützungs- und Beratungseinrichtungen bieten, die niemanden mehr allein lassen. Weil allen Menschen Menschenwürde zusteht, fordern wir die Abschaffung jeglicher Sanktionsmöglichkeiten bei der Grundsicherung.

Unsere Vision von einer Gesellschaft, die allen Teilhabe ermöglicht, kann Menschen begeistern. Wir müssen sie nur entschieden und glaubhaft vertreten!

Leitantrag

Pediga, AfD und Co entschieden entgegentreten: Die Integrationsgesellschaft gestalten

Es gibt für uns nur einen Weg der menschenfeindlichen Politik der AfD zu begegnen: ein klares Bekenntnis zur Vielfalt. Eine Gesellschaft, welche die eigene Vielfalt anerkennt, ist eine starke Gesellschaft. In der Gesellschaft, die wir gestalten wollen, kann und darf jeder Mensch die eigene Kultur, Religion oder Lebensweise so leben, wie er oder sie möchte.

Allein mit diesem Bekenntnis werden wir die Herausforderungen der Integrationsgesellschaft jedoch nicht meistern. Hierfür braucht es ein klares Konzept, wie wir alle Menschen, die in Thüringen und Deutschland eine vorübergehende oder dauerhafte zweite Heimat suchen, gleichberechtigte Mitbürger*innen werden lassen können. Wir werden dabei die Fehler, die in der BRD mit dem Zuzug von Gastarbeiter*innen in den 1950er bis 1970er Jahren gemacht wurden, ohne ihnen auch eine umfassende gesellschaftliche und soziale Teilhabe zu ermöglichen, nicht wiederholen. Wir sind überzeugt, dass es deutlich mehr Investitionen in Bildung, Sprache und Arbeit als zentrale Integrationsmittel bedarf.

Integration, egal ob in den Arbeitsmarkt, das Bildungswesen oder die Gesellschaft als Ganzes ist ein langwieriger Prozess. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass Geflüchtete unterstützt, in ihrem individuellen Potential ernst genommen und Integration auf Augenhöhe gestaltet wird. Der deutsche Arbeitsmarkt wird sich dafür verändern müssen. Unternehmen müssen sich interkulturell öffnen, Behörden und Gesetze flexibler werden. Die hohe und undurchsichtige Anzahl an Aufenthaltstiteln und die damit verknüpften Bestimmungen zur Möglichkeit einer Arbeitsaufnahme müssen vereinfacht werden. Im Bereich der Bildung muss der alte Leitsatz „Kein Kind wird zurückgelassen“ gelten. Dass die gestiegene Zahl von Geflüchteten Bildungseinrichtungen vor Herausforderungen in Kapazität, Ressourcen und Personalausstattung stellt, ist verständlich. Die Konsequenz darf aber nicht darin bestehen, Geflüchtete einfach nur bis zum Hauptschulabschluss zu bringen. Ob der Schulabschluss ein oder zwei Jahre verzögert erreicht wird, ist nicht entscheidend. Ob alle Schüler*innen den Bildungs- und Berufsabschluss erreichen können, den sie anstreben, dagegen schon.

Unsere Mittel: R2G auch auf Bundesebene!

Dieser Kurswechsel sozialdemokratischer Politik braucht vor allem eins: Mut! Das größte Problem der SPD ist der Verlust der Glaubwürdigkeit. Ein klares Bekenntnis zu einer sozialistischen Demokratie bedeutet für uns auch, dass wir jedes Bündnis ablehnen, welches diesem Ziel entgegenläuft. Die faulen Kompromisse, die wir in großen Koalitionen auf Bundesebene schließen mussten, gingen viel zu oft zulasten der Arbeitnehmer*innen. Die GroKo hat ausgedient! Für uns ist klar: echte sozialdemokratische Politik kann nur in einem Links-Bündnis erfolgreich sein! Daher kämpfen wir für Rot-Rot-Grün auch auf Bundesebene. Dabei ist uns bewusst, dass die bloße Existenz eines rot-rot-grünen Bündnisses noch nicht automatisch zu Verbesserungen in allen Bereichen führt. Diese Erfahrung haben wir in Thüringen gemacht, wo wir zwar einen deutlich anderen Politikstil wahrnehmen, uns dieser aber bei weitem noch nicht ausreicht. Wir Jusos haben immer für eine Alternative links der Mitte gekämpft. Für uns ist klar: Ein rot-rot-grünes Bündnis werden wir sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebenen konstruktiv begleiten und durch unsere Vorschläge ausgestalten und voranbringen.

Die Zeit ist jetzt für eine sozialistische Vision!

Uns ist klar, dass wir mit arbeitsmarkt-, sozial- und wirtschaftspolitischen Reformen das Leben der Menschen immer nur ein kleines Stück besser machen können. Eine wirklich emanzipierte und gerechte Gesellschaft kann es im Kapitalismus jedoch nicht geben. Es bleibt daher unser Ziel, dem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem unsere Vision entgegenzustellen – eine sozialistische Vision! Dabei stellten seit jeher die sozialen Bewegungen der Entrechteten unseren Antrieb dar, die ihren Platz auf der politischen Bühne, die Gerechtigkeit und Teilhabe eingefordert und damit das herrschende System herausgefordert haben! Zur Bewegung der Proletarier*innen und

Leitantrag

der Frauen* ist eine neue Bewegung hinzugekommen: die globale Migrationsbewegung, die die Unterteilung der Welt in einen reichen, sicheren Norden und einen armen, ausgebeuteten Süden in Frage stellt. Wir stehen an der Seite dieser Bewegung und werden ihr Ziel, Gerechtigkeit weltweit herzustellen, unterstützen.

Bildung & Digitales

B1 | Die Zeit ist jetzt. Demokratisiert die Schule – für Schüler*innenparlamente!

Wir, die Jusos Thüringen, fordern eine tiefgreifende Reform der Schüler*innenvertretungen. Diese soll zukünftig in freier, gleicher und geheimer Wahl von allen Schüler*innen an einer Schule gewählt werden. Zusätzlich müssen diesem Gremium mehr Kompetenzen zugesprochen werden, als bisher.

Diese wären:

1. Teilhabe an Finanzentscheidungen, welche direkt mit den Schüler*innen zu tun haben, etwa bei der Anschaffung neuer Materialien.
2. An den Planungen hinsichtlich von Veranstaltungen der Schule, Mitbestimmung beim Schulessen, etc.
3. Die Möglichkeit, im Namen der Schüler*innen Kritik an der Schulleitung bzw. einzelnen Lehrer*innen zu äußern, wenn dies aus Sicht der Mehrheit angebracht ist.
4. Das Recht, auch nach außen als Vertretung als Vertretung der Schüler*innenschaft einer Schule aufzutreten, inklusive der Möglichkeit, Kritik auch außerhalb dieser Bildungseinrichtung publik zu machen.

Wenn den Schüler*innen keine starke, demokratische Vertretung gegeben ist, kann man nicht von wahrer Partizipation sprechen. Diese ist aber dringend nötig, denn als Ort der Bildung ist die Schule für die Schüler*innen da, nicht umgekehrt. Wir bitten die SPD Thüringen als demokratische Partei darum, sich für dieses Vorhaben in der Landesregierung stark zu machen. Denn es ist nicht so, dass mit der Herabsenkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahren bei Kommunalwahlen alles in der Frage demokratischer Mitbestimmung junger Menschen erreicht wäre. Diese war ein wichtiger Schritt. Aber man kann – und muss – immer noch mehr Demokratie wagen. Die Einführung von Schüler*innenparlamenten wäre eine gute Gelegenheit, dieses Wagnis einzugehen, und damit der Demokratisierung aller Lebensbereiche ein weiteres Stück näher zu kommen.

Bildung & Digitales

B2 | Die Zeit ist jetzt für bessere Hochschulen!

Als Jusos wollen wir die von Rot-Rot-Grün geplante Novellierung des Hochschulgesetzes kritisch begleiten. Für uns ist eine Reform mehr als überfällig. Das Gesetz muss dabei an vielen Stellen überarbeitet werden.

Die Zeit ist jetzt für eine demokratische Hochschule!

Als linker Jugendverband gilt für uns der Grundsatz, dass eine Hochschule nur dann gut ist, wenn sie genügend demokratische Partizipation ermöglicht. Dabei hinterfragen wir die Wahl des Hochschulrates. Dieses Gremium wird derzeit durch ein Auswahlgremium (§ 32 Abs. 5), welches jeweils zwei Vertreter*innen des Senats und des ehemaligen Hochschulrats sowie einem Vertreter des Landes zusammensetzt, gebildet. Das erscheint nach allen demokratischen Maßstäben und Anforderungen an eine öffentliche Körperschaft nicht demokratisch genug. Der Hochschulrat hat mit der Kompetenz der Bestimmung des*der Präsident*in und des*der Kanzler*in weit mehr Kompetenzen, als das einem sehr undemokratisch legitimierten Gremium zustehen sollte. Deswegen muss der Hochschulrat demokratisch durch alle Statusgruppen der Hochschule ernannt werden. Im Gegensatz zum Hochschulrat hat der Senat durch universitätsweite Wahlen eine viel stärkere Legitimation. Wir fordern deshalb die Beschränkung der Aufgaben des Hochschulrats auf beratende Funktionen und die gleichzeitige Übertragung der Aufgaben an den Senat und seine Ausschüsse. Damit können wir die Rolle des Senats stärken.

Gleichzeitig fordern wir auch die Reform des Senats. Die gegenwärtige Regelung sieht eine professorale Mehrheit vor, während andere Statusgruppen „angemessen“ vertreten sein müssen. Beispiele aus den Senaten zeigen, dass die Anzahl der Studierenden in den Gremien verschwindend gering ist. Hier sind die Stimmen ungerecht verteilt. Die zwingende Mehrheit der Professor*innen muss abgeschafft werden. Wir fordern eine Drittelparität für Studierende, Mitarbeiter*innen und Professor*innen in allen Hochschulgremien. Diese Regelungen sollen neben dem Senat auch in den universitären Selbstverwaltungsgremien gelten. Gleichzeitig fordern wir ein verpflichtendes Stimmrecht für die Gleichstellungsbeauftragte in den Hochschulgremien. Die Hochschulgremien sind weiterhin Männerdomänen mit einer gläsernen Decke. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, auch mit Blick auf die reale Zusammensetzung der Senate in Thüringen, die Forderung nach einer Frauenquote in den allen Hochschulschulgremien von 40% weiter aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig ist ein Landesprofessor*innenprogramm neben dem Bundesprofessor*innenprogramm für uns unabdingbar, um Frauen in der Wissenschaft zu fördern. Transparenz gegenüber allen Mitgliedern der Hochschulgremien ist die Grundlage einer guten (Zusammen-)Arbeit. Deswegen fordern wir eine Informationspflicht der Hochschulen und ihrer Gremien gegenüber (neuen) Mitgliedern und ein Informationsrecht der Mitglieder. Damit keine Nachteile aus dem Engagement in einem Gremium wie dem Senat entstehen, braucht es einen verbindlichen, veranstaltungsfreien Nachmittag in der Woche, um die Gremienarbeit zu erfüllen.

Zu einer Demokratisierung der Hochschule gehört auch die Stärkung der studentischen Selbstverwaltungsgremien. Wir fordern des Weiteren eine Kompetenzerweiterung der verfassten Studierendenschaft vom hochschulpolitischem Mandat zu einem allgemeinpolitischen Mandat. Gleichzeitig muss ihnen auch die Vertretung von Promotionsstudierenden sowie ausländischen Studierenden ermöglicht werden. Der Kompromiss, nur einige Teilaufgaben der Thüringer Hochschulbibliotheken zu vereinen, stärkt die Thüringer Hochschulen. Die Bündelung der Aufgaben insbesondere im IT-Bereich macht die Bibliotheken effizienter. Der jedoch vorgelegte Entwurf eines gemeinsamen Verwaltungsrats fehlt eine Stimme der Studierendenschaft. Wir sind davon überzeugt, dass der neue Verwaltungsrat mit einer Stimme für die Studierenden effektiver wird. Deshalb fordern

Bildung & Digitales

wir die umgehende Änderung des Vorschlags durch die Erweiterung des siebenköpfigen Verwaltungsrates um zwei Studierende, die auf Vorschlag der KTS bestimmt werden. Gleichzeitig ist zu betonen, dass wir die Finanzierung der Hochschulbibliotheken bei weitem nicht als ausreichend ansehen. Hier herrscht dringender Nachjustierungsbedarf.

Die Zeit ist jetzt für eine gerechte Hochschule!

Gute Hochschulen zeichnen sich nicht nur durch gute Forschung, sondern auch durch gute Lehre aus. Das Studium heißt für uns mehr als nur eine Vorbereitung auf einen bestimmten Beruf. Studieren heißt auch, selbständig seinen eigenen Wissenshorizont zu erweitern. Und genau dieses Streben nach Wissen braucht Zeit. Das bedeutet für uns, dass die Regelstudienzeit der Vergangenheit angehört. Das im Zuge der Bologna-Reform manifestierte Narrativ des*der faulen Langzeitstudent*in muss bekämpft werden. Wir fordern deshalb die Abschaffung der Langzeitstudiengebühren und das Verbot der Maximalstudienzeit. Auch der bedingungslose Drittversuch muss in dem neuen Thüringer Hochschulgesetz einen Platz finden. Studierende sollen zudem einmal ohne Begründung ihr Studienfach wechseln können. Zudem soll eine weitere Beschränkung des Masterzugangs gestoppt werden. Auch der Übergang von Bachelor zu Master muss flexibler gestaltet werden. Hindernisse bei der Immatrikulation (unter Vorbehalt) müssen beseitigt werden. Studierende, welche neben dem Studium arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt finanzieren zu können, werden von gegenwärtigen Regelungen schwer belastet. Im gleichen Zug muss auch der Zugang zu Hochschulen leichter gemacht werden. Wir lehnen jegliche Zugangsbeschränkungen ab. An einer gerechten Hochschule hat jede*r die Möglichkeit, das zu studieren, was er*sie möchte. Studierende müssen Einfluss auf ihre Lehre haben können. Deswegen fordern wir Studiengangskommissionen, deren Aufgabe die Evaluation und Verbesserung der Studiengänge ist. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf der Studierbarkeit und Vermittlung von Kompetenzen in den Studiengängen gelegt werden. Diese Kommissionen haben ohne die Studierenden keinen Zweck. Deswegen müssen sie weitreichende Mitentscheidungsrechte gewährt bekommen. Modulkataloge sollen keine Vorschläge für die angebotenen Inhalte eines Moduls sein. Aus einem Modulkatalog muss ersichtlich sein, welche Kompetenzen erlernt werden. Diese müssen verbindlich gelten. Interdisziplinarität muss gefördert werden. Das bedeutet, dass Studierende eine größere Wahlfreiheit bei der Belegung von Modulen erhalten müssen. Außerdem muss das Belegen von Kursen an anderen Thüringer Hochschulen problemlos möglich sein.“

Wir bekennen uns dazu, dass viele unserer Forderungen nur mit zusätzlichen Finanzmitteln zu ermöglichen sind. Deshalb streiten wir für die Erhöhung der Hochschulfinanzierung, aber auch für die Abschaffung des Kooperationsverbotes, um auch den Bund bei der Hochschulfinanzierung mehr in die Pflicht zu nehmen. Wir begrüßen des Weiteren die umgesetzte Forderung nach der jährlichen Steigerung der Hochschulausgaben des Landes um 4%. Jedoch wurde auch in den letzten Jahren mit den schmerzlichen STEP-Kürzungen klar: Eine derartige Erhöhung reicht nicht aus. Wir kritisieren weiterhin die beschlossenen Kürzungspläne und fordern ein Umdenken. Eine gute Hochschule ist nur mit ausreichenden finanziellen Mitteln zu ermöglichen. Zu einer ausfinanzierten Hochschule gehört auch ein ausfinanziertes Studierendenwerk. Deswegen brauchen wir eine Überprüfung seines Finanzbedarfs und ggf. eine Anpassung. Nur so können soziale Studienbedingungen hergestellt werden. Sei es durch psychosoziale Beratungsangebote, hochschulnahe Kinderbetreuung oder bezahlbare Studierendenheime. Hochschulen müssen über die Landesmittel ausfinanziert werden, damit sie nicht die Notwendigkeit haben, ihre Handlungsfähigkeit über Drittmittel zu erreichen. Für die zivile Forschung ist zudem eine Zivilklausel an allen Hochschulen unabdingbar.

Auch wir Jusos wollen unabhängigere Hochschulen. Deshalb sollen die Hochschulen auch weiterhin über ihre Liegenschaften entscheiden können. Jedoch kritisieren zugleich die möglichen Pläne von Stiftungsuniversitäten. Diese schaffen zwar noch mehr Autonomie, bergen hingegen durch die

Bildung & Digitales

Struktur einer Stiftung die Gefahr nach dem Verlust von Mitbestimmungsrechten, sowie einer größeren Intransparenz von Entscheidungen. Außerdem ist realistisch gesehen keine der Thüringer

Hochschulen im Stande, sich ohne Landeszuschüsse als Stiftung zu halten. Der Vorwand, so schneller Baumaßnahmen durchführen zu können, darf nicht das entscheidende Argument werden.

Die Zeit ist jetzt, für faire Beschäftigungsverhältnisse. Noch immer herrscht ein großes Ungleichverhältnis zwischen den Geschlechtern auf allen Stufen der wissenschaftlichen Laufbahn. Unser Ziel ist eine Geschlechterquote, die wir mithilfe eines Kaskadenmodells, das Quoten anhand des Geschlechteranteils der vorangehenden Qualifikationsstufen festlegt, erreichen wollen. Zudem soll die Mittelvergabe an eine aktive Rekrutierungspolitik geknüpft werden. Befristungen sind an der Hochschule Gang und Gebe. Die Praxis studentische Beschäftigte mit Honorar- und Werkverträgen abzuspeisen muss ein Ende haben. Sie sollen nach einem einheitlichen Tarifvertrag eingestellt werden. Außerdem brauchen sie eine stärkere Vertretung, um für ihre Rechte zu kämpfen. Ihnen soll auf Antrag eine personalrechtliche Vertretung im zuständigen Personalrat garantiert werden. Damit alle Studierenden eine Chance auf Hilfskraftstellen haben, müssen diese verpflichtend hochschul-öffentlich ausgeschrieben werden. Auch im wissenschaftlichen Mittelbau sind Befristungen an der Tagesordnung. Deswegen brauchen wir eine Garantie, dass die Arbeitsverträge im Mittelbau erst mit dem Erreichen des Qualifikationsziels enden.

Die Zeit ist jetzt für soziale Studienbedingungen. Allen Menschen soll das Studium an einer Hochschule möglich sein. Neben einem starken Studierendenwerk, braucht es auch ein Bewusstsein für die Inklusion von Menschen. Deswegen braucht es eine*n hauptamtliche*n Vertreter*in für Behinderte und chronisch Kranke. Diesen sind Mitbestimmungsrechte in den Hochschulgremien einzuräumen. Um deren Arbeit zu unterstützen soll ein Fördertopf „Inklusion“ eingerichtet werden, mit dem Maßnahmen und Projekten umgesetzt werden können. Zudem braucht es Schulungen der Angestellten, um Sensibilität für dieses Thema zu erreichen. Ein ähnliches Amt und ein ähnlicher Topf sind vorstellbar für die Integration Geflüchteter in den Hochschulbetrieb.

Wir Jusos wollen für Hochschulen kämpfen, die die Lebensrealitäten der Studierenden berücksichtigen. Wir wollen, dass Studierende mehr Mitspracherecht in dem gesamten Hochschulsystem bekommen. Die Zeit ist jetzt für demokratische und gerechte Hochschulen!

Bildung & Digitales

B3 | Kostenlose Schüler*innenbeförderung für alle

Die Beförderungskosten für Schüler*innen in Thüringen werden nach momentaner Regelung in bis zur 10. Klasse übernommen. Für die Oberstufe und damit ab Klassenstufe 11 trifft aber jeder Kreis eigene Bestimmungen, inwieweit den Eltern oder den volljährigen betroffenen Schüler*innen entgegengekommen wird oder nicht. Dadurch sind starke Unterschiede entstanden: Während das Eichsfeld hundert Prozent der anfallenden Kosten übernimmt, bleibt man im Unstrut-Hainich-Kreis gänzlich auf den Nahverkehrskosten sitzen. Zumeist bleibt jedoch ein nicht unerheblicher Anteil der Beförderungskosten bei den Schüler*innen oder ihren gesetzlichen Vertretern hängen.

Wir fordern daher eine einheitliche Regelung über das Land Thüringen, damit sich einzelne Kreise aufgrund teils schwieriger Haushaltslagen nicht verschließen können. Folglich muss das ThürSchFG (Thüringer Gesetz über die Finanzierung der staatlichen Schulen) in §4 Schülerbeförderung angepasst werden: In Absatz 3 müssen die Sätze 2, 3 und 4 gestrichen werden. Insbesondere setzen sich die Jusos Thüringen für eine völlige Kostenbefreiung aller Schüler*innen von der Schulbeförderung, gültig von der 1. Klasse bis zum Ende der Schullaufbahn – explizit für alle Schüler*innen der Oberstufe, ein.

Diese Erleichterungen sind ein Baustein des Prinzips der kostenlosen Bildung, für die wir Jusos uns seit jeher einsetzen. Leider ist es noch vielerorts Realität, dass Schüler*innen die Möglichkeit eines höheren Bildungsabschlusses nicht in Erwägung ziehen, weil ihnen teilweise die finanziellen Mittel fehlen. Auch in dieser Hinsicht könnte man hier eine Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit und der Chancengleichheit erreichen.

B4 | Promotionsrecht an Thüringer Fachhochschulen Jetzt!

Wir Jusos Thüringen fordern eine Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes zu Gunsten des uneingeschränkten Promotionsrechts an Fachhochschulen, sowie das tatsächliche Einsetzen und Handeln für diese Forderung.

B5 | Eine echte BAföG-Reform

- Deckung der Lebenshaltungskosten durch einen angemessenen BAföG Satz
- Jährliche automatische Anpassung der Sätze
- Erweiterung des Berechtigten-Kreises durch eine deutliche Anhebung der Freibeträge
- Entkoppelung von der Regelstudienzeit
- Schließung der Förderungslücke zwischen Bachelor und Master
- Kompatibilität mit einem Teilzeitstudium
- Ermöglichung eines jederzeitigen Studiengangwechsels ohne Nachteile
- Abschaffung aller Altersrestriktionen
- Beteiligung von Studierenden im BAföG-Beirat
- sowie den Ausbau des BAföG zu einem elternunabhängigen Vollzuschuss für alle

Bildung & Digitales

B6 | Abschaffung des Religionsunterrichts an Thüringer Schulen

Die Jusos Thüringen fordern eine Abschaffung des Religionsunterrichts an Thüringer Schulen.

Das Konkordat zwischen der BRD und dem Heiligen Stuhl, welches im Grundgesetz Art. 7 Abs. 3 den Religionsunterricht an staatlichen Schulen zusichert ist, dahingehend zu ändern, dass Religionsunterricht außerhalb der staatlichen Schulen erfolgen soll. Alternativ halten wir es für möglich von der Bremer Klausel nach Artikel 141 GG Gebrauch zu machen, welche für Bundesländer eine Ausnahmeregelung vorsieht, an denen es zum Stichtag am 1. Januar 1949 keinen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen gab. An diesen Schulen, in Bremen, Berlin und Brandenburg, belegen sämtliche Schüler*innen das Pflichtfach Ethik, in dem sowohl Religionskunde wie auch Philosophie unterrichtet wird. Hier wurde eine Ausnahme vom Grundgesetz erwirkt, der zufolge konfessionell gebundener Religionsunterricht zwar in der Schule erteilt wird, aber Wahlfach und damit nicht versetzungsrelevant bleibt. Der Religionsunterricht soll folglich nicht abgeschafft werden, sondern durch einen überkonfessionellen Ethik- und kulturgeschichtlichen Unterricht ersetzt werden. Dieses Recht auf bekenntnisfreie Schulen ist zudem im GG Artikel 7. 2 verankert.

B7 | Interkulturelle Erziehung / Pädagogik in Bildungseinrichtungen

Die Jusos Thüringen fordern die landesweite Einführung des Lernfelds „Interkulturelle Arbeit“ in den Lehrplan sowie Pflichtweiterbildungen für pädagogisches Fachpersonal aus sämtlichen Bildungseinrichtungen. Wir fordern die landesweite Einführung des Lernfelds "Interkulturelle Arbeit" in den Lehrplan sowie 30 Stunden Pflichtweiterbildungen, von denen 8 Stunden Interkulturelle Pädagogik behandeln müssen. Die 30 Stunden sind hierbei unabhängig vom Landesbildungsfreistellungsgesetz.

Bildung & Digitales

B8 | Meine Daten gehörten mir! – Herausforderungen im Zeitalter der Digitalisierung

Die Digitalisierung dehnt sich mit wachsender Geschwindigkeit auf alle Lebensbereiche aus. Das Stichwort ist Industrie 4.0: Neue Technologien, z.B. additive Fertigung, On-Demand-Produktion und Virtual Reality, wirken sich stark auf das Gesicht von Arbeit im 21. Jahrhundert aus. Sie bieten die Chance, Arbeit durch digitale Technologien, etwa im Hinblick auf die Arbeitszeit und den Arbeitsort, deutlich zu verbessern. Dennoch beobachten wir Fehlentwicklungen: Arbeitsverdichtung und die Individualisierung von Arbeitsrisiken sind bereits sichtbare Begleiterscheinung einer einseitig am Profit orientierten Digitalisierung. Wir sind daher aufgefordert, die Digitalisierung im Interesse der Arbeitnehmer*innen politisch zu gestalten und in die richtige Richtung zu lenken. Wir brauchen eine sozialdemokratische Industrie 4.0.

Nach Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung üben 18,8 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Thüringen eine Tätigkeit aus, die im Zuge der Digitalisierung wegfallen könnte. Dabei gilt, dass mit abnehmender Qualifikation die Ersetzbarkeit steigt. Die beliebige Austauschbarkeit erhöht den Druck auf die*den individuelle Arbeitnehmer*in, macht sie*ihn anfälliger für Ausbeutung. Zudem entstehen durch Algorithmen und Big Data entstehen neue Möglichkeiten der Überwachung. So können Lieferanten und Busfahrer*innen über GPS-Tracking jederzeit beobachtet und ihre Leistungsfähigkeit noch im selben Moment präzise berechnet werden. Der Trend zum Quantified-Self, also zur permanenten Selbstüberwachung zum Beispiel mittels Fitnessuhren, intelligenten Waagen und Zeiterfassungssystemen liefert die Einzelnen ungeschützt an moderne Effizienz- und Verwertungslogiken aus. Amazon und Zalando sind bei der Digitalisierung des Arbeitstages lediglich die Spitze des Eisbergs. Unsere Suchergebnisse werden schon heute durch global agierende Unternehmen jenseits einer effektiven demokratischen Kontrolle gespeichert, analysiert und ausgewertet. Die Folge ist eine soziale Spaltung in jene, die Daten liefern und jene, die Daten ausbeuten.

Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Als Sozialdemokratie sehen wir es als unsere Aufgabe, diesen Widerspruch klar zu benennen und politisch dagegen vorzugehen: Jeder Mensch in Deutschland soll über seine gespeicherten Daten Bescheid wissen und über diese auch verfügen können. Zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen muss auch technologisch wieder ein Dialog auf Augenhöhe möglich sein. Durch eine deutlich verbesserte Unterstützung beim lebenslangen Lernen stärken wir ihre individuelle Verhandlungsposition und erhöhen zudem ihre Vermittlungschancen in neu entstehende und veränderte Stellenanforderungen. Die gezielte Förderung einer unabhängigen Qualifizierung der Beschäftigten ist somit der beste Weg, Beschäftigung nachhaltig abzusichern. Diese Qualifizierung muss sich an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer*innen orientieren und sollte sowohl staatlich als auch von Seiten der Unternehmen gefördert werden – selbst dann, wenn ein unmittelbarer Profit weder für Staat noch für Unternehmen einsehbar ist.

Zusätzlich sehen wir in der Digitalisierung selbst ein emanzipatorisches Potential, das allen gleichermaßen zur Verfügung stehen muss. Das Internet selbst bietet prinzipiell allen Menschen Zugang zu unbegrenztem Wissen und Informationen. Netzneutralität, öffentliche WLAN-Netze und die Berücksichtigung des Internetzugangs in den Hartz IV-Regelsätzen sind daher wichtige Instrumente, um die Gleichheit und Freiheit des Internets für Alle zu gewährleisten. Dennoch ist das Internet kein Allheilmittel: sogenannte Filterblasen schneiden Suchergebnissen auf das persönliche digitale Profil zu. Der erhoffte Austausch über die digitalen Medien kommt damit nicht oft zustande. Es erweckt dann den Eindruck permanent im Recht zu sein, ohne von der Position anderer Kenntnis zu nehmen. Eine kritische Reflektion der eigenen Meinung, wie sie durch das Internet eigentlich ermöglicht werden könnte, findet dann nicht mehr statt.

Bildung & Digitales

Um dem entgegenzuwirken machen wir uns politisch für eine digitale Angebotsvielfalt stark und treten einer Monopolbildung im Internet entgegen. Wir können das, indem wir im öffentlichen Dienst verstärkt auf Alternativen zu großen Suchmaschinen setzen und die digitalen Technologien, die wir in unserer alltäglichen politischen Arbeit einsetzen ethischen und datenschutzrechtlichen Mindeststandards entsprechen.

Als nächste Schritte fordern wir konkret:

- ein Recht auf Internet und eine entsprechende Berücksichtigung der Kosten in den Hartz-IV-Regelsätzen.
- die nachhaltige Durchsetzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung.
- die Speicherung wichtiger und persönlicher Daten von Bürgerämtern und staatlichen Papieren auf eigenen, vom World Wide Web entkoppelten Servern.
- ein deutlich stärkeres finanzielles Engagement des Bundes, um den Breitbandausbau zügig voranzutreiben.
- die Stärkung der Angebotsvielfalt im Internet. Die EU-Kommission sollte entschiedener gegen wettbewerbsverzerrende Oligopole vorgehen.
- die Ausweitung der bestehenden Arbeitsschutzregeln auf mobiles Arbeiten. In diesem Zusammenhang müssen die Möglichkeiten der staatlichen Aufsichtsbehörden gestärkt werden, z.B. indem diese auch einzelne Mitarbeiter befragen dürfen. Es sollten Sanktionsparagrafen in alle einschlägigen Regelungen und Vorschriften eingefügt werden, damit Arbeitgeber*innen mobiles Arbeiten nicht zur Ausbeutung der Arbeitnehmer*innen nutzen.
- die Regulierung von Plattformarbeit. Crowd- und Cloudworker müssen in die bestehenden Arbeits- und Sozialsysteme eingebunden werden. Sie müssen eine gesetzliche Mindestvergütung erhalten und vom Arbeits- und Gesundheitsschutz profitieren können.
- die Ausweitung der Informations- und Zustimmungspflichten des Arbeitgebers gegenüber der betrieblichen Interessenvertretung, zum Beispiel wenn Crowdfunding genutzt werden oder Beschäftigung anderweitig outgesourct werden soll.
- eine gesetzliche Verankerung neuer Mitbestimmungsmöglichkeiten und die Einführung eines Rechts auf Bildungsteilzeit, um eine gezielte und selbstständige Qualifizierung der Beschäftigten zu ermöglichen.
- die Einführung eines Beschäftigtendatenschutzes, mit welchem verhindert werden soll, dass die Leistung und das Verhalten der

Soziales & Gesundheit

C1 I Medizinische Versorgung von chronisch kranken Frauen* verbessern

Analyse:

Die Jusos Thüringen verstehen sich als progressiver, inklusiver und feministischer Jugendverband. Unser Ziel ist es nicht nur, ungerechte und diskriminierende Strukturen aufzudecken, sondern auch aktiv an ihrer Überwindung zu arbeiten.

Ein Ziel unserer Arbeit ist es, alle Menschen gleichberechtigt an der Gesellschaft und ihren Strukturen teilhaben zu lassen. Wir kämpfen dabei besonders um und für diejenigen, die von dem neoliberalen und patriarchalen System durch mehrfache Diskriminierung ausgeschlossen werden. Arbeitswelt und Gesellschaft werden momentan von einem Gesundheitswahn beherrscht. Leistungseliten geben mit ihrer Besessenheit ein Pensum im Wettbewerb der Gesundheit vor, dass von kranken Menschen nicht geleistet werden kann. Als Manager*in gehört es zum guten Ton, mindestens einen Marathon pro Jahr zu laufen. Oftmals gilt: Wer krank ist, ist selbst schuld, hat sich falsch verhalten, sich nicht genug bemüht. In diesem Klima führt das Outing als chronisch kranke Person zu Stigmatisierung und oftmals zu negativen beruflichen Konsequenzen.

Frauen* werden nicht nur im Arbeitsalltag und auf der Straße diskriminiert, sondern auch im Gesundheitssystem. Liest man Artikel in medizinischen Fachzeitschriften, so fällt auf, dass folgenden Phrasen in fast jeder Veröffentlichung über Krankheiten, die Frauen* betreffen, vorkommen: sehr häufig, Ursache unbekannt, nicht heilbar. Die Forschung an bezüglich dieser Krankheiten ist unterfinanziert, stockt oder ist gar nicht vorhanden. Laut Robert-Koch-Institut bezeichnen sich 42% der Frauen* als chronisch krank. Krankheiten wie Endometriose, vaginaler Kandidose, Menorrhagie, polyzystisches Ovarsyndrom oder Fibrome treten häufig auf, die Ursachen sind meist unbekannt oder können nur vermutet werden, eine langfristige Heilung konnte noch nicht gefunden werden. Die meisten dieser Krankheiten lösen chronische Schmerzen aus, alle schränken die Lebensqualität deutlich ein. Kommen weitere Autoimmunerkrankungen wie Fibromyalgie oder Lupus hinzu, welche achtmal mehr Frauen* als Männer* betreffen, sowie das chronische Erschöpfungssyndrom oder Anämien, welche auch mehr Frauen* als Männer* betreffen, so leben mehr als 25% aller gebärfähigen Frauen* weltweit mit chronischen Schmerzen und/oder chronischer Müdigkeit.

Chronische Schmerzen werden vor allem von Frauen* erfahren, jedoch werden sie von medizinischen Professionellen weniger häufig ernst genommen oder behandelt. Ihnen wird zu verstehen gegeben, dass Schmerzen auszuhalten seien, da sie zum Leben als Frau* dazugehören würden. Viele chronisch kranke Frauen* müssen jahrelange Odysseen von Spezialist*in zu Spezialist*in erleiden, um eine Diagnose zu erhalten. Erschwerend kommt hinzu, dass die meisten Medikamente nicht an Menschen mit Uterus oder Schwangeren getestet werden, bevor sie auf den Markt kommen. Auch wenn die Gesetzeslage dazu in vielen Ländern als ausreichend erscheint, kann sie von der Mehrheit von Pharmaunternehmen durch andere Regulierungsstandards umgangen werden. So werden die genauen Nebenwirkungen eines Medikaments erst nach der Marktreife bekannt. Eine Folge daraus ist, dass schwangere Menschen kaum Medikamente verschrieben bekommen (einschließlich Medikamente bei psychischen Erkrankungen), da die Folgen für den Fötus nicht abschätzbar sind. Um den Spagat zwischen der Gesundheit der Schwangeren und dem Schutz des ungeborenen Lebens zu lösen, muss die weltweite Forschung in diesem Bereich beispielsweise durch den Einsatz von Multi-Organ-Chips zur Simulation eines menschlichen Körpers intensiviert werden.

Chronisch Kranke werden zusätzlich stark durch das herrschende Wirtschaftssystem diskriminiert. Durch ihre Erkrankungen können sie häufig keine vollen Stellen annehmen, weisen viele Krankheitstage vor oder finden aufgrund ihrer Bedürfnisse keine passende Anstellung. Weiterhin fällt

Soziales & Gesundheit

#es vielen Frauen* schwer, mit ihren meist männlichen Vorgesetzten über ihre Krankheit zu sprechen, da nur wenige ein ausreichendes Verständnis für „Frauenkrankheiten“ aufbringen können. Ohne ausreichende Kommunikation kommt es bei gehäuften krankheitsbedingten Ausfällen jedoch oft zu verringerten Karriere- und Aufstiegschancen, sowie bei jüngeren Erkrankten zwangsweise zu Rückschlägen in Schule und Ausbildung, da chronische Erkrankungen bei Fehltagen keinen Sonderstatus einnehmen. Dadurch kann es zu Finanzierungsproblemen von oftmals kostspieligen Medikamenten, Behandlungsmethoden und/oder medizinischen Hilfsmitteln kommen, sodass Betroffene nicht das volle Potenzial der möglichen Lebensqualität ausschöpfen können.

Forderungen:

Die Jusos Thüringen stehen kritisch zu der vorherrschenden Leistungs- und Verwertungslogik des kapitalistischen Systems, sehen aber bis zu dessen Überwindung die Notwendigkeit, Menschen zu unterstützen, welche dieser Logik entgegen ihrer eigentlichen Möglichkeiten aus gesellschaftlichem Zwang folgen müssen.

Darum fordern wir:

- eine verpflichtende Sensibilisierung von Ärzt*innen und Arbeitgeber*innen bezüglich „frauen*typischer“ Krankheiten durch Weiterbildungen
- eine öffentlich finanzierte unabhängige Beratungs- und Beschwerdestelle für Betroffene
- mehr finanzielle Hilfen für die Erforschung der genannten Erkrankungen
- die Erweiterung des Leistungskatalogs der Krankenkassen um erfolgreiche Therapien für chronisch Kranke
- eine gerechte Gesundheitsreform unter besonderer Berücksichtigung der Anliegen chronisch kranker Frauen*
- eine gesicherte staatliche Finanzierung von Hilfsmitteln und Medikamenten für chronisch Kranke
- den Anspruch auf eine freie Einteilung der Pausenzeiten für alle Arbeitnehmenden, um eine stigmatisierungsfreie Arbeitsweise für chronisch Kranke zu ermöglichen
- betriebliche Arbeitszeiten-Monitoringprogramme, welche Arbeitszeiten an die Bedürfnisse der Beschäftigten anpasst
- eine generelle Reduzierung der Wochenarbeitszeit

Die Jusos Thüringen setzen sich das Ziel, die Bedürfnisse von chronisch kranken Menschen in der Veranstaltungsplanung mitzudenken und ausreichend Pausen, kurze Wege und eine angemessene gesundheitliche Versorgungslage zur Verfügung zu stellen.

Demokratie & Partizipation

D1 I Reclaim the stage: Politik vom neoliberalen Konsens lösen!

Die Entwicklung der Demokratie war immer auch eine soziale Frage. Hatten in ihren Anfängen nur wohlhabende männliche Bürger das Recht zur Mitbestimmung, verschafften die internationalen Arbeiter*innenbewegungen im Laufe ihrer Geschichte immer mehr Menschen gesellschaftliche Teilhabe und politische Mitbestimmung. Mit der Blüte des Neoliberalismus, dem dritten Weg und der damit einhergegangenen Prekarisierung gerät das sozialdemokratische Teilhabeversprechen zunehmend unter Druck: Die Trilaterale Kommission hatte es sich bereits in den 1970ern zur Aufgabe gemacht, den „Exzess der Demokratie“ zu bekämpfen. Das Primat des freien Marktes, konkreter das Primat der ungezügelter Kapitalakkumulation ist ein unmittelbarer Angriff auf eine sich als demokratisch verstehende Gesellschaft. Geschichtlich sichtbar wurde das unter Pinochet in Chile, an den Reaganomics in den USA und dem Thatcherismus in Großbritannien. In Russland erfolgte unter Jelzin eine massive Privatisierung, die dem Land statt der erhofften Demokratie eine enorme gesellschaftliche Spaltung gebracht hat und Russland zu der Oligarchie machte, die wir heute kennen. Aber auch der von Schröder und Blair vorangetriebene dritte Weg ist nicht das beste Kapitel sozialdemokratischer Geschichte.

Mit Blick auf die jüngere Geschichte in der Welt wird deutlich, dass wir über Demokratie nicht diskutieren können, ohne die vermeintliche Alternativlosigkeit ökonomistischer Sachzwänge entschieden zu kritisieren: Die Frage nach Demokratie zu stellen, bedeutet für uns immer auch die Frage nach der Macht zu stellen. Wir sehen es nicht ein, über die Macht der Ökonomie zu schweigen! Der Übergang von der nachfrage- zur angebotsorientierten Politik nahm den Ausschluss ganzer Bevölkerungsgruppen billigend in Kauf. Die Privatisierung staatlicher Institutionen unter anderem in Öffentlich-Private-Partnerschaften entzieht die öffentliche Daseinsvorsorge der demokratischen Kontrolle. Indem Arbeitslosigkeit zum individuellen Problem gemacht wurde, hat sich die Gesellschaft unter dem Credo des „Fördern und Fordern“ nach und nach aus der sozialen Verantwortung genommen: Gesellschaftliche Teilhabe durch gute Arbeit wurde nicht mehr länger kollektive Aufgabe, sondern vernachlässigbares Einzelschicksal und subjektiver Schuld gegenüber dem Staat. Die Hartz-IV Sanktionen stehen exemplarisch für eine autoritäre Kontrolle der Unangepassten: Sie treffen genau jene, die im Selektionsprozess des sogenannten freien Arbeitsmarktes bereits effektiv diskriminiert und ausgeschlossen werden.

Dem Recht der Selbstbestimmung beraubt, kann von Mitbestimmung keine Rede mehr sein. Die brennenden Vororte von Paris sind ein klares Ergebnis dieser Exklusion. In Bewegungen wie Pegida und Thügida zeigt sich unbestreitbar, wie der Ausschluss aus der Arbeitswelt mit dem Ausschluss aus der Demokratie einhergeht. Ohne die Begegnung mit Fremden und den Austausch von Ideen entstehen krude Denkmuster und blühen Phantasmen längst vergangener Zeiten. Diese Bewegungen stehen nach unserer Auffassung in klarem Zusammenhang mit der neoliberalen Politik und sind eine klare Bedrohung für die Demokratie, der wir uns entschieden entgegen stellen müssen.

Die allgemeine Prekarisierung der Arbeitswelt und der zunehmende Druck auf Arbeitnehmer*innen unabhängig von ihrem Geschlecht, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Ausschluss vom Arbeitsmarkt in der bürgerlich-patriarchalen Gesellschaft weiterhin vor allem das Schicksal von Frauen ist. Der Verlust männlicher Privilegien ist kein Abbau sondern eine Richtigstellung von Teilhabechancen. Noch immer sind vor allem Frauen in Teilzeit beschäftigt, noch immer gilt es als selbstverständlich, dass eine Schwangerschaft für Frauen ein Karrierehemmnis darstellen muss. Während sich aber die gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich leicht feststellen lässt, bleibt die Diskriminierung von Frauen in unserer Gesellschaft oft unsichtbar. So gilt die Tatsache einer weiblichen Bundeskanzlerin fälschlich als Beleg für die politische Teilhabe von Frauen, wo sie doch nur die Teilhabemöglichkeit einzelner Frauen belegt. Für uns ist Gleichberechtigung jedoch erst

Demokratie & Partizipation

erreicht, wenn nicht nur einzelne sondern jede Frau* am politischen Leben teilhaben kann. Die traditionelle Zuordnung der Frau zur Sphäre des Privaten, zum Haushalt und zur Pflege schließt die Mehrheit jedoch weiterhin strukturell vom öffentlichen Leben aus. In den politischen Parteien ist die Zahl weiblicher Mitglieder noch immer erschreckend niedrig, auch bei uns Jusos. TV-Sendungen wie Germanys Next Top Modell zementieren die Verpflichtung von Frauen auf Schönheit, verkehren die freiwillige Unterwerfung unter das Diktat der Mode zum vermeintlich emanzipatorischen Akt. Das ist kein Sonderfall. Öffentliche Auftritte von Frauen unterliegen bis heute den Anforderungen der Schicklichkeit, der Eleganz und der Bedienung weiblicher Schönheitsideale: Politische Aussagen von Frauen überzeugen dann am meisten, wenn sie schön sind und der Vortragenden gut stehen. Das reduziert die politische Position von Frauen zum modischen Accessoire, reduziert Frauen sogar noch im Augenblick ihrer politischen Partizipation zum bloßen Sexualobjekt.

Wenn wir Jusos daher über Demokratie und Teilhabe reden, ist uns klar, dass wir es bei der modernen Demokratie schon immer nur mit einer exklusiven Demokratie zu tun haben, einer Demokratie die strukturell auf einer binären Spaltung zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen basiert. Diese Spaltung lässt sich nicht überwinden, indem man lediglich dem Privaten auch eine Stimme gibt, das Private auch Politisch macht. Wir müssen die subtile Dynamik verstehen, die gesellschaftliche Teilhabe immer wieder neu zu Ungunsten der Frauen verteilt und die das Private immer wieder neu zum selbstverständlichen Reich der Frauen macht. Wir sehen es als unsere Aufgabe, antifeministische Tendenzen unserer Gesellschaft auch da offen zu legen, wo sie sich nicht unmittelbar zeigen und wir machen es uns zur Pflicht, die Diskriminierung von Frauen in allen Politikbereichen zu thematisieren – selbst und besonders da, wo sie auf dem ersten Blick nicht offensichtlich ist.

Wir machen uns für eine demokratische Teilhabegesellschaft stark. Das bedeutet, dass wir in den öffentlichen Institutionen politische Entscheidungsräume schaffen. Wir wollen, dass politische Probleme nicht aus der Sicht der Wirtschaftlichkeit wahrgenommen, sondern im Interesse der Bürger*innen und der Gesellschaft diskutiert werden. Wir weigern uns entschieden, etwas vernünftig zu nennen, allein weil es in der kapitalistischen Marktlogik zufällig funktioniert.

Wir stehen für eine offene Debattenkultur, die politische Auseinandersetzungen aushält. Das braucht Zeit. Schnelle Entscheidungen demonstrieren nur kurzfristig Handlungsfähigkeit, auf lange Sicht führen unüberlegte Beschlüsse zu Beliebigkeit und politischer Ohnmacht. Das gilt auch und besonders für die Auslagerung der Politik in Volksentscheide: Vereinfachung, Popularisierung und Ja-Nein-Rhetorik befördert die Spaltung und Desintegration der Gesellschaft. Dem setzen wir ein Demokratieverständnis entgegen, für das gemeinsamer Austausch, Vielfalt und Akzeptanz von Andersheit zentrale Bestandteile sind.

Wir begrüßen die Bestrebungen zu mehr Bürger*innebeteiligung in den Thüringer Kommunen und bundesweit. Es ist uns wichtig, dass jede*r im politischen Diskurs eine Stimme hat – besonders jene, die bisher noch nicht gehört wurden, deren Meinung aus ökonomischen Gründen nicht zählt oder die es sich aus mangelnder Bildung oder fehlender Zeitsouveränität nicht leisten können, am politischen Prozess teilzuhaben. Dafür müssen Strukturen geschaffen werden, die die Verwaltung von Meinungen durch eine klare emanzipatorische Strategie ersetzen. Unser Ziel einer demokratischen Politik ist es, Menschen in die Lage zu versetzen, sich ihres eigenen politischen Verstandes zu bedienen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die SPD Thüringen sich als sozialdemokratische Programmpartei im Sinne dieses Antrags versteht. Wir wollen, dass die SPD wieder die natürliche Bündnispartner*in für emanzipatorische Initiativen wird und das Aufstiegsversprechen für das 21. Jahrhundert wieder möglich macht. Im Wahlkampf organisieren wir unsere Kräfte gezielt im Interesse jener

Demokratie & Partizipation

Kandidat*innen, die tatsächlich bereit sind politisch an einer demokratischen Teilhabegesellschaft mitzuwirken. Auch die innerparteiliche Struktur muss sich dem angestrebten gesellschaftlichen Ideal weiter annähern. Daher setzen wir auf einen gleichberechtigten Austausch auf Augenhöhe zwischen den Ortsvereinen, den Arbeitsgemeinschaften und den Parteigremien. Eine absolute Bindung an Mehrheitsbeschlüsse begreifen wir als einen totalitären Rückschritt, der lediglich dazu dienen kann Diskussionen im Keim zu ersticken. Dagegen setzen wir eine Diskussionskultur, die unter gegenseitiger Rücksichtnahme stets offen bleibt für den eigenen Irrtum und die sich positiv gegenüber den Chancen neuer Perspektiven zeigt.

Wir sind überzeugt, dass die Sozialdemokratie in Thüringen ein breites politisches Fundament hat, das sich bisher jedoch zu wenig in den Strukturen der SPD widerspiegelt. Es ist daher höchste Zeit, dass sich die SPD Thüringen wieder als Partei einer politischen Bewegung versteht, die das Regieren-Wollen um jeden Preis klar zurückstellt und die die Verantwortung annimmt, die Gesellschaft für alle gerechter zu gestalten. Wir verstehen unsere Parteiarbeit als aktiven Bildungsauftrag und fördern aktiv die Fähigkeiten zur politischen Selbstbestimmung. Im Wissen, dass wir uns nur gemeinsam helfen und dass wir nur zusammen an den Dingen etwas ändern können, rufen wir alle Bürgerinitiativen und Single-Cause-Bewegungen dazu auf, sich mit uns für das große Ganze zu organisieren. Nur wenn es uns gelingt, den Wert organisierten Arbeiter*innenbewegungen wieder zu gewinnen, leisten wir einen nachhaltigen Beitrag zu einem sozialen, demokratischen und weltoffenen Thüringen.

D2 I Jugendarbeit nicht nur in reichen Kommunen

Die Erhöhung der Jugendpauschale, für die die Jusos gekämpft haben, war ein wichtiger und richtiger Schritt. Doch in erster Linie profitieren davon Kreise und Kommunen, denen es finanziell gut geht, da die Mittel aus der Jugendpauschale an eine Eigenfinanzierung von 40% gekoppelt sind. Nicht wenige Kommunen und Kreise in Thüringen haben diese Finanzkraft nicht. Die Anhebung der Jugendpauschale hat also keinen positiven Effekt für diese.

Neben der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit und der Jugendarbeit steht die selbstverwaltete Jugendarbeit immer mehr im Interesse junger Menschen. Nicht jede*r hat ein Interesse daran, sich langfristig an einen Verein oder eine andere Struktur zu binden. Daher sollten Finanzierungsmöglichkeiten von Projekten mit überschaubaren zeitlichen Horizonten genauso in den Blick genommen werden, wie an dauerhaft arbeitende Strukturen gebundene Vorhaben. Da diese Anliegen keine Frage der Kassenlage sein sollten, sehen wir hier Handlungsbedarf. Auch junge Menschen in finanziell klammen Kommunen haben ein Anrecht auf Jugendprojekte und Angebote in diesem Bereich. Daher fordern die Jusos den Eigenfinanzierungsanteil für Projekte unter 30000€ auf 0% zu senken.

Demokratie & Partizipation

D3 I Die Zeit ist jetzt für eine selbstbestimmte Jugend

Kindheit und Jugend sind entscheidende Lebensphasen für die Entwicklung eines jeden Menschen. In dieser Zeit lernen sie sich selbst kennen und finden idealerweise selbstbestimmt ihren Ort in der Gesellschaft. Viel zu oft jedoch verhindern Sachzwänge und Fremdbestimmung, dass sich junge Menschen frei entfalten können. Oft fehlen ihrem Umfeld die sozialen Ressourcen oder die für eine selbstbestimmte Persönlichkeitsentwicklung nötige Freiheit wird ihnen nicht zugestanden. Dabei sind Freiräume und auch die Möglichkeiten Fehler zu machen, sich auszuprobieren und zu rebellieren, von unschätzbare Bedeutung für ein demokratisches Selbstverständnis. Für diese Freiräume machen wir uns stark.

In Anbetracht der Bedeutung, die die eigene Jugend für die spätere Zukunft hat, fordern wir eine Politik, die sich in allen politischen Themen den Belangen junger Menschen annimmt und die Jugendpolitik als eigenständiges Querschnittsthema etabliert. Das gilt für Bildungspolitik ebenso wie für Innen-, Finanz- oder Außenpolitik. Der Brexit hat gezeigt, dass potentiell jede Entscheidung katastrophale Auswirkungen auf die Jugend und die Zukunft junger Menschen haben kann.

Demokratische Jugendbildung

Die 1989 verabschiedete UN-Kinderrechtskonvention spricht Kindern und Jugendlichen das Recht zu, sich zu allen Belangen, die sie betreffen, eine eigene Meinung zu bilden und sich mit dieser Meinung auch Gehör zu verschaffen. Wie viele andere Kinderrechte findet dieses nach wie vor auch in Deutschland nicht ausreichend Beachtung. Besonders Kinder sind es gewohnt, dass ihre Eltern und andere Erwachsene für sie Entscheidungen übernehmen: Ob es um den nächsten Urlaub geht, die richtige Feriengestaltung oder was es zum Abendessen gibt. Oft übergehen Eltern und Erwachsene wohlmeinend die Interessen der Kinder, weil sie glauben es besser zu wissen oder weil sie schlicht vergessen, Kinder und Jugendliche nach ihrer Meinung zu fragen. Aus demokratiepädagogischer Sicht ist das fatal. Wenn junge Menschen nicht früh angeleitet werden, ihre Umgebung zu hinterfragen und bereits in jungen Jahren erfahren, dass sie ihre Umwelt wirksam mitgestalten können, wird ihnen das Rüstzeug für eine demokratische Persönlichkeitsentwicklung unterschlagen. Jungen Menschen wird beigebracht, die (politische) Verantwortung unkritisch nach oben zu delegieren. Das ist sehr zum Nachteil unserer demokratischen Kultur. Zu viele junge Menschen und Kinder wissen nicht, dass sie das Recht haben sich offen zu äußern und dass ihre Meinung auch etwas zählt. Wir brauchen dringend eine Aufklärung junger Menschen über ihre Mitbestimmungsrechte!

Die Zeit ist jetzt für ein Umdenken: Junge Menschen müssen viel stärker als gleichberechtigte politische Akteure wahrgenommen werden. Eltern müssen darin bestärkt werden, ihren Kindern Entscheidungskompetenzen zu vermitteln und sie selbst in vermeintlich klaren oder alltäglichen Belangen öfter zu Wort kommen zu lassen. Nur so können Mitbestimmungsstrukturen wachsen und kann sich eine verantwortliche, proaktive Haltung zur politischen Kultur entwickeln. Sozialistische Jugendverbände wie die Falken arbeiten seit Jahren vorbildlich für diese Form der Jugendbildung und verbessern damit nachhaltig die demokratische Kultur in unserer Gesellschaft. Als Jusos arbeiten wir daher eng mit den Falken zusammen und unterstützen sie aktiv bei ihren Projekten und verstehen uns als Partnerin einer gemeinsamen Lobbyarbeit in politische Gremien und die SPD.

Mitbestimmung auf kommunaler Ebene

Kommunale Kinderinteressenvertretung muss langfristig strukturell und institutionell verankert werden. Nötig ist ein auf die jeweilige Kommune zugeschnittener Mix aus einer Stabsstelle eine*n Kinderbeauftragte*n, eine eigenständige Jugendinteressenvertretung durch ein Jugendparlament oder durch Jugendforen, eine allgemeine und niedrigschwellige Anlaufstelle, sowie die Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle für Beschwerden von Kindern und Jugendlichen. Diese Strukturen

Demokratie & Partizipation

sollen in ihrem jeweiligen Zusammenspiel Kinder und junge Menschen früh anleiten, sich mit der Gestaltung ihres Umfelds aktiv zu befassen. Dabei ist es wichtig, dass kommunale Verwaltungen bei allen Maßnahmen eine gewisse Sensibilität entwickeln für die Auswirkungen auf junge Menschen und entsprechende Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten schaffen. Über die Grenzen der Jugendbeteiligung sollte nur im Laufe des Prozesses und im Einvernehmen mit den jungen Menschen entschieden werden. Auch komplizierte Sachverhalten können kind- bzw. jugendgerecht aufbereitet werden, so dass sich alle angemessen eine eigene Meinung bilden können. Projekte, die im letzten Moment an einer fehlenden Finanzierung oder rechtlichen Einschränkungen scheitern, frustrieren und machen zukünftiges Engagement unwahrscheinlich. Daher ist es im Interesse aller, die Rahmenbedingungen offen und transparent zu artikulieren, sowie der Beteiligung junger Menschen mit wohlwollendem Respekt und Wertschätzung zu begegnen. Beteiligung junger Menschen muss auf Augenhöhe geschehen!

Wir wollen jugendliche Mitbestimmung fest im öffentlichen Raum verankern. Öffentliche Spielplätze sind dafür ein idealer Ort. Als Lebensmittelpunkt vieler Kinder bis zum 12. Lebensjahr und Treffpunkt vieler Eltern kann an Spielplätzen z.B. auf Schautafeln unmittelbar und kindgerecht über das aktuelle Geschehen in der Kommune informiert werden. Wenn Kinder früh bei der Gestaltung ihres Spielplatzes mitwirken können, machen sie zudem schon in jungen Jahren die Erfahrung politischer Selbstwirksamkeit. Wir sprechen uns daher vehement gegen den Abbau bestehender öffentlicher Spielplätze aus und fordern das Land auf, finanzschwache Kommunen bei der Instandhaltung und dem Ausbau öffentlicher Spielplätze finanziell zu unterstützen.

Mitbestimmung auf schulischer Ebene

Ersten Erfahrungen mit politischen Mitbestimmungen machen junge Menschen oft erst an den Schulen. Jedoch ist die Wahl des*der Klassensprecher*in meist kein Akt einer selbstbestimmten Interessenvertretung, sondern ernennt lediglich den*die jeweilige*n Träger des Klassenbuchs und rechte Hand des*der Klassenleiter*in. In ihrer bisherigen Form ist die Schüler*innenvertretung daher eher eine Lehrer*innenvertretung nach unten und damit das genaue Gegenteil von dem, was wir uns unter Mitbestimmung vorstellen. Auf der nächsthöheren Ebene treffen die entsandten Klassensprecher*innen intransparente Entscheidungen, ihre Meinung wird bei wichtigen Fragen oft nicht angemessen berücksichtigt. Einer wirklichen demokratischen Bildung steht das diametral entgegen.

Die Zeit ist daher jetzt, für eine echte politischen Schüler*innenvertretung! Wir fordern die freie, allgemeine und geheime Wahl eines Schüler*innenparlaments, in dem paritätisch alle Klassenstufen beteiligt sind, jedoch innerhalb eines Jahrganges klassenübergreifend gewählt werden kann. Die Schüler*innenparlamente sind aktiv und finanziell durch die Schulleitung zu unterstützen, insbesondere bei der Publikation ihrer Beschlüsse in einer Schüler*innenzeitung, sowie bei der Durchführung und Bewerbung öffentlicher Veranstaltungen.

Wir streben zudem eine enge Zusammenarbeit an zwischen Schüler*innen- und Jugendparlamenten, beide Gremien sollten aber institutionell getrennt bleiben, um Doppelbelastungen und die Überforderung einzelner zu vermeiden.

Arbeit

E1 | Armutsfeste und sanktionsfreie Grundsicherung einführen

Die Jusos Thüringen fordern die Reform und Weiterentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende und der Sozialhilfe zu einer armutsfesten und sanktionsfreien Grundsicherung, die eine angemessene und diskriminierungsfreie soziale Teilhabe ermöglicht. Dazu benötigen wir eine Abkehr vom Aktivierungsprinzip hin zum Prinzip des Befähigens und eine Anhebung der Regelsätze auf ein soziokulturelles Existenzminimum.

E2 | Für ein Ehrenamtsgesetz in Thüringen

Die Jusos Thüringen fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu sich für die Einführung eines Ehrenamtsgesetzes einzusetzen, um die ehrenamtliche Arbeit außerhalb organisierter Verbände rechtlich abzusichern und Aktiven auch zeitliche Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Ehrenamt soll arbeitsrechtlich anerkannt werden und zum Beispiel für die Anrechnung von Rentenpunkten zählen.

E3 | Mindestlohnkommission muss öfter tagen!

Für ein selbstbestimmtes Leben brauchen wir ein höheres Lohnniveau, welches auch der Wirtschaftskraft der Bundesrepublik entspricht. Wir verstehen die Sozialdemokratie als ein politisches Sprachrohr der Gewerkschaften. Die SPD entstammt genauso wie die Gewerkschaften, aus der Arbeiterbewegung. Diese Verbindung darf für uns in keinster Weise nachlassen. Nach den Hartz IV-Gesetzen, welche in historischem Ausmaß die Gewerkschaften und die SPD trennten, ist es umso wichtiger wieder mehr Solidarität zu zeigen.

Die Sozialdemokratie hat gemeinsam mit den Gewerkschaften im Jahr 2015 einen Mindestlohn erkämpft. Jedoch ist und bleibt für uns Jusos ein Mindestlohn von 8,84 Euro pro Stunde keine zufriedenstellende Lösung für Arbeitnehmer*innen. Die getroffene Regelung zur Mindestlohnkommission in der Bundesrepublik sieht vor, dass sich das Gremium ein Mal in zwei Jahren trifft. Somit wird alleine die inflationsbedingte Minderung des Realeinkommens erst in zwei Jahren für die Arbeitnehmer*innen beseitigt.

Vor dem Hintergrund, dass die Veränderung des Mindestlohns an den Tarifabschlüssen orientiert, die oftmals auch bei zweijährigen Tarifverträgen eine jährliche Steigerung vorsehen, erscheint es uns sinnvoll, die Mindestlohnkommission jährlich einzuberufen.

Arbeit

E4 I Für ein besseres Leiharbeitsgesetz

Die Jusos Thüringen kritisieren das von der Regierungskoalition im Bund erlassene Gesetz zur Neuregelung der Leiharbeit.

Wir fordern, dass Leiharbeiter*innen und Werksvertragsarbeiter*innen ab dem ersten Arbeitstag für dieselben Tätigkeiten mehr Lohn als die Stammbeslegschaft erhalten. Dieser Mehrbetrag wird qua Tarifverträgen des Betriebes, aber mindestens der Branche geregelt. Gilt kein Tarifvertrag beträgt die Mehrsumme 5% des Lohns der Kolleg*innen an derselben Position, mindestens jedoch 150€.

Gleiches soll für Leiharbeiter*innen gelten, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben oder bei einem ausländischen Verleiher oder Subunternehmen angestellt sind, aber innerhalb der Verwaltungsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland arbeiten.

Finanzen

F1 I Vermögensteuer

Die Jusos Thüringen fordern, die 1997 von der Regierung Kohl ausgesetzte Vermögensteuer wieder einzuführen und an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1995 und an die heutige Währung und aktuelle ökonomische Situation Deutschlands anzupassen.

F2 I Freizügigkeit durch Steuernummer

Ab 2020 soll in Europa eine einheitliche Steuernummer eingeführt werden.

Gleichstellung

G1 I Zur Sensibilisierung und Reflexion zum Gesetz "Nein heißt Nein"

Im Juli diesen Jahres beschloss der Bundestag die Änderung des Sexualstrafrechts. Anders als bisher macht sich dann nicht nur strafbar, wer sexuelle Handlungen mit Gewalt oder Drohung erzwingt. Als Vergewaltiger kann dann auch gelten, wer sich über den "erkennbaren Willen" des Opfers hinwegsetzt. Erstmals strafbar werden dann auch sexuelle Belästigung und sexuelle Übergriffe "aus der Gruppe". Diese Reform ist längst überfällig, doch reicht das nicht aus. Ein Strafrecht allein garantiert keine Selbstbestimmung. Es muss ein Umdenken in der Gesellschaft angeregt werden und dazu fordern wir Jusos: Durch zuvor einvernehmlichen Sex, darf das Recht auf ein Nein nicht verloren gehen. Nur weil man ein Mal Ja sagt, kann man danach immer noch nein sagen.

Mit der Argumentation des „Opferklischees“ muss endlich aufgeräumt werden. Wenn Frauen* sich bewusst weiblich kleiden, ist das keine Aufforderung an andere. Die Reduzierung von Frauen* auf ihr äußeres ist noch immer Alltag, das muss endlich aufhören. Und auch, wenn Frauen* sich nicht körperlich wehren und den Kontakt zu ihrem Gegenüber nicht direkt abbrechen, ist das keine Aufforderung. Die Traumatisierung der Betroffenen wird oft nicht zur Kenntnis genommen, genauso wenig wie die Tatsache, dass sexualisierte Gewalt oft im engsten Umfeld passiert. Außerdem fordern wir, dass der Straftatbestand der sexuellen Gewalt nicht mit dem Asylrecht vermischt wird. Der veränderte Paragraph 177 hat auch Folgen für die Bestimmungen im Aufenthaltsgesetz, denn durch eine Verurteilung kann es schneller zu einer Ausweisung aus Deutschland kommen.

Durch Workshops oder Seminare zu diesem Thema wollen wir Jusos dazu reflektieren und vor allem sensibilisieren. Denn um die Zahl der Vorfälle endlich signifikant zu verringern, muss ein Umdenken in der Gesellschaft erreicht werden und das Bild von Frauen* ändern.

Antifa & Antira

H1 Bildet Banden - Gegen die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements

Die Jusos Thüringen stehen solidarisch an der Seite der antifaschistischen Partner*innen, Organisationen und Parteien. Wir sprechen uns deutlich gegen die sogenannte Extremismusthese aus, durch die rechte Einstellungen an den Rand der Gesellschaft gerückt werden. Wir lehnen die damit einhergehende Gleichsetzung von „Links-„ und „Rechtsextremismus“ kategorisch ab. Die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements durch den Verfassungsschutz, das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, sowie einzelne Politiker*innen und Medien verurteilen wir. Die Zeit ist jetzt, dass sich die Einschätzung des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales, nachdem die größte Gefahr für die „Freiheitlich demokratische Grundordnung“ Seitens rechter Kräfte besteht, in konkreten Handlungen widerspiegelt.

Ablehnung des Extremismusbegriffs

Die Debatte um den Extremismusbegriff ist nicht neu, erlangt aber spätestens seit dem Erstarken der Alternative für Deutschland, xenophober und rassistischer Parolen auf PEGIDA-Demonstrationen und Angriffen auf Geflüchtete und Geflüchtetenunterkünfte eine neue Dimension. Menschen, die sich entschlossen gegen Rassismus einsetzen werden durch die Extremismuskonzepte mit Neonazis und Rassist*innen gleichgesetzt. Gleichzeitig werden rassistische Übergriffe zu Taten verirrter Einzeltäter stilisiert um die „Mitte“ nicht zu belasten. Dabei zeigt sich, dass ein großer Teil der Brandstifter*innen nicht der organisierten extrem Rechten zuzuordnen ist, sondern aus der vermeintlichen „Mitte der Gesellschaft“ stammt. Verschiedene Institutionen, allem voran die Friedrich-Ebert- Stiftung, untersuchen die Phänomene und Eigenschaften aller gesellschaftlichen Bereiche wissenschaftlich und haben letztlich die Extremismustheorie bereits mehrfach empirisch widerlegt. Dennoch wurde der Begriff des Extremismus in der jüngsten Zeit, in der fremdenfeindliche Übergriffe und Berichte über Ausschreitungen bei Demonstrationen fast regelmäßig die Schlagzeilen füllten, wieder zu gängigen Floskeln, um die Verhaltensweisen verschiedener Personengruppen zu erklären und zu rechtfertigen. Bei rassistischen Äußerungen und Übergriffen, von Aktionen eines gesellschaftlichen Randes zu sprechen und diese somit herunterzuspielen, stellt für uns eine nicht tragbare Verharmlosung eines gesamtgesellschaftlichen Problems dar und steht in keiner Relation zu den Dimensionen und Auswirkungen der von rechten Einstellungen geprägten Mitte dar. Statt vom „Extremismus“ am Rande der Gesellschaft zu sprechen, ist es nötig, sich genauer mit der Problematik der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auseinanderzusetzen und zu begreifen, dass jene Aktionen längst auch von Menschen der „Mitte“ begangen werden. Die Tatsache, dass das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales dieser kritischen Einschätzung folgt und sich in diesem Zusammenhang von der Gleichsetzung von „Links-„ und „Rechtsextremismus“ distanziert, begrüßen wir. Für uns ist jedoch bisher nicht ersichtlich, welche Konsequenzen sich aus dieser kritischen Einschätzung ergeben Solange jedoch die Extremismustheorie als Grundlage zur Bewertung politischer Kriminalität herangezogen wird, ist das nur ein Teilerfolg.

Gleichsetzung und Kriminalisierung antifaschistischen Engagements durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK) beenden

Der dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales unterstellte Verfassungsschutz geht davon aus, dass „alle Formen des Extremismus“ (Verfassungsschutzbericht 2013) die freiheitliche demokratische Grundordnung gefährden und aus diesem Grund auf Grundlage des § 4 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 ThürVerfSchG beobachtet werden. Trotz der Tatsache, dass sich das Innenministerium, wie jüngst in der Antwort auf die große AfD-Anfrage „Links- und Rechtsextremismus in Thüringen“ hervorgeht, von der Gleichsetzung zwischen „Links-„ und „Rechtsextremismus“ und in Teilen auch vom Extremismusbegriff distanziert, hat sich an der Einschätzung, welche Parteien und Organisationen als demokratiegefährdend eingestuft werden, nichts geändert.

Antifa & Antira

Weder aus der Begründung des Verfassungsschutzes, noch aus der Begründung des TMIK, ist ersichtlich, inwieweit die beobachteten Parteien und Organisationen eine Gefahr für die demokratisch verfasste Gesellschaft darstellen. Dennoch werden sie als demokratiegefährdend aufgeführt und neben zahlreichen linken Aktivist*innen „beobachtet“. Gerade vor dem Hintergrund des vollständigen Versagens und der Verstrickung des Thüringer Verfassungsschutzes in den NSU Komplex, bedarf es einer kompletten Neuausrichtung. Neben der massiven Unterschätzung der Gewaltbereitschaft der rechten Szene und der Sabotage durch das Vorenthalten von Informationen seitens des Verfassungsschutzes an das Landeskriminalamt, wurde im Untersuchungsausschuss auch festgestellt, dass es hinreichende Gründe gibt, von einer mittelbaren Unterstützung und Begünstigung rechtsextremer Strukturen durch das Landesamt für Verfassungsschutz zu sprechen. Dazu gehört unter anderem auch die Weitergabe von Informationen über linke Aktivist*innen an die rechte Szene. Wir Jusos haben die Entwicklungen des Verfassungsschutzes stets kritisch begleitet. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat sich dazu entschieden, den Verfassungsschutz nicht aufzulösen, sondern zu reformieren, was bisher lediglich zu Änderungen in der Organisationsstruktur und teilweisen Abschaltung von V-Leuten geführt hat. Wir sehen die Reform des Verfassungsschutzes kritisch und können dies maximal als dessen Bewährungsprobe bewerten. Dem Innenministerium unterstellt und von einem sozialdemokratischen Präsidenten geleitet, muss der Thüringer Verfassungsschutz jetzt beweisen, dass sein Ziel der Erhalt und die Verteidigung der freiheitlich demokratisch verfassten Gesellschaft ist und nicht die Unterstützung neonazistischer Strukturen und Kriminalisierung von Antifaschist*innen. Wird diese dringend notwendige Neuausrichtung nicht vollzogen, kann für uns nur die Auflösung des Amtes die Schlussfolgerung sein. Die durchgesetzten Strukturänderungen müssen zu einer umfassenden Neuausrichtung des Verfassungsschutzes führen. Wir fordern:

- eine Schärfung des Profils des Verfassungsschutzes in Bezug auf die Gefährdung rechter Netzwerke in Thüringen
- die konsequente Aufklärung aller Verfehlungen und bewussten Vertuschungen im NSU-Komplex
- die sofortige Einstellung der Beobachtung angeblich „linksradikaler“ und „linksextremer“ Gruppierungen, solange deren Gefährdung in Thüringen für die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ nicht nachgewiesen ist
- die Gewährleistung umfassender Transparenz der Arbeit des Thüringer Verfassungsschutzes und Kontrollmöglichkeiten für Mitglieder des Thüringer Landtags, insbesondere der Parlamentarischen Kontrollkommission und des NSU- Untersuchungsausschusses

Die Polizei – Freund*in und Helfer*in?

Auch die Thüringer Polizei muss sensibilisiert und das strategische Vorgehen auf Demonstrationen kritisch hinterfragt werden. Obwohl sowohl das TMIK und der Verfassungsschutz betonen, dass von rechten Kräften die stärkste Bedrohung für die sog. freiheitliche demokratische Grundordnung ausgeht, erleben wir bei zahlreichen Protesten, wie Antifaschist*innen durch die Polizei schikaniert und verletzt werden, während das Gewaltpotenzial rechter Kräfte wiederholt unterschätzt und ignoriert wird. Zu nennen seien hier beispielhaft die Ereignisse rund um den 1. Mai 2015 in Saalfeld und der AfD-Demonstration am 29.09. 2015 in Erfurt, wo das Vorgehen der Polizei dazu geführt hat, dass hunderte Antifaschist*innen von der Polizei eingekesselt wurden, während Anhänger der rechten Szene ungehindert durch die Stadt zogen, um Jagt auf linke Demonstrant*innen zu machen. Während sich die Polizei bei linken Demonstrant*innen schon beim Tragen eines Schals zum Einschreiten genötigt fühlt, schreiten Beamt*innen selten ein, wenn im rechten Lager verfassungsfeindliche Kennzeichen getragen werden und offen gegen das Versammlungsrecht verstoßen wird. Wir fordern ein neues Demonstrationssicherungskonzept, dessen Hauptaugenmerk auf der Gewährleistung der sicheren Inanspruchnahme des Versammlungsrechtes durch alle steht. Dabei darf es nicht um die Durchsetzung des Versammlungsrechts um jeden Preis gehen: Drohen

Antifa & Antira

rechte Demonstrant*innen mit Gewaltanwendung, oder begehen Straftaten zum Beispiel durch das Zeigen des „Hitlergrußes“, muss die einzige Reaktion hierauf die Auflösung ihrer Versammlung sein. Hingegen muss es eine bessere Anzeigemöglichkeit für Demonstrant*innen geben, die Opfer polizeilicher Gewalt geworden sind. Dass die von uns mehrfach geforderte Kennzeichnungspflicht nun endlich auch in Thüringen eingeführt wird, ist längst überfällig.

Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass das TMIK anstrebt, Organisationen wie die mobile Opferberatung ezra künftig stärker in die Ausbildung von Polizeianwärter*innen in Thüringen einzubeziehen. Daneben müssen Antirassismus-Trainings und Schulungen der Erkennungszeichen der Neonazi-Szene Bestandteil der Polizeiausbildung sein. Dabei verfügt die Mobile Beratung in Thüringen (MOBIT) ausgewiesenermaßen über eine hohe Kompetenz auf dem Gebiet extrem rechter Strukturen und Symboliken der Szene und ist hierbei ebenfalls verstärkt einzubinden.

Solidarität mit Antifaschist*innen überall – keine Spaltung des linken Lagers!

Politiker*innen fordern stets ein entschlosseneres Vorgehen gegen Rechts, womit alle zivilgesellschaftlichen Kräfte gemeint sein sollten. Ein solches Bekenntnis ist wichtig, erscheint aber geradezu heuchlerisch, wenn dieses antifaschistische Akteur*innen ausschließt bzw. von Politiker*innen kommt, welche antifaschistische Organisationen im gleichen Atemzug als „linksextrem“ verurteilen. In den Berichterstattungen über Demonstrationen, sowie in öffentlichen Äußerungen von Politiker*innen wird der „Links-“ mit „Rechtsextremismus“ verglichen, was sowohl die Gefahr von rechts als auch die Qualität rechter Gewalt relativiert. Die Pauschalisierungen reichen mitunter soweit, dass seitens der Politik suggeriert wird, man müsste den vermeintlichen Linksextremismus ebenso bekämpfen wie den erstarkenden Rechtsextremismus. Wir lehnen die Spaltung von Demonstrant*innen in gute zivilgesellschaftliche Akteur*innen und schlechte Antifaschist*innen ab und werden uns dagegen stets öffentlich zur Wehr setzen. Auch unsere Genoss*innen sind dazu angehalten, sensibler mit dieser Problematik umzugehen. Antifaschist*innen dürfen nicht weiter unter Generalverdacht gestellt werden - Menschen, die sich öffentlich äußern und sich auf Demonstrationen den Rechtsextremist*innen entgegenstellen, dürfen nicht wegen ihres Engagements kriminalisiert werden.

Ein entschlossenes Vorgehen gegen Rechts kann nur dann erfolgreich sein, wenn wir uns solidarisch zeigen und gemeinsam gegen Rechts eintreten. Darum sagen wir ganz klar: Empört euch, engagiert euch, vernetzt euch, bildet Banden!

Antifa & Antira

H2 I Die Zeit ist jetzt, für eine Klare Kante gegen die AfD!

Seit ihrer Gründung 2013 erlebt die Alternative für Deutschland einen beachtlichen bundesweiten Aufstieg. Trat die AfD anfangs noch als monothematische Partei auf, so deckt sie inzwischen alle Themen ab, welche die Abwertung derjenigen Menschen ermöglicht, welche nicht in den Mainstream der Gesellschaft und damit in ihr reaktionäres Weltbild passen. Dabei beweist die AfD ein sehr starkes Mobilisierungspotential, in allen Wähler*innengruppen und auch auf den Straßen. Auch die aktuellen Umfragewerte auf Landes- und Bundesebenen zeigen eines klar: Es droht eine Gefahr von rechts. Der damit einhergehende Rechtsruck der Gesellschaft und der Aufstieg der AfD kann nicht mehr klein geredet werden. Es ist nötig ein strategisches Vorgehen und eine nachhaltige Strategie gegen die rechtsradikale und zutiefst reaktionäre Partei zu entwickeln. Denn durch wissenschaftliche Untersuchungen - wie den Thüringen Monitor - ist auch klar: Grundlagen, wie die Europafeindlichkeit, Wohlstandschauvinismus, Antifeminismus und rassistischen Vorurteile bestanden schon seit längerer Zeit in der vielbeschworenen „Mitte der Gesellschaft“. Mit der AfD werden diese getreu dem Motto „das wird man ja noch sagen dürfen“ zu salonfähigen Haltungen etabliert. In den meisten Parteien, leider auch in der SPD, ist der Umgang mit der AfD oft unklar und uneinheitlich, lange wurde es versäumt klare Konzepte zu entwickeln. Dabei sollte klar sein: Bloße Empörung und Distanzierungen reichen nicht mehr aus. Das Potenzial für den Widerstand gegen die AfD darf vor lauter Wahlerfolgen der Partei nicht vergessen werden. Alle etablierten Parteien scheinen sich hier noch in einem Schockzustand zu befinden, aus dem es aufzuwachen gilt. Aus unserer antifaschistischen Haltung ist eine bewusste Gegenstrategie von Nöten. Wir fordern daher alle Demokrat*innen, insbesondere der SPD, zu einem Paradigmenwechsel im Umgang mit der AfD auf!

Demokratiefeindlichkeit benennen – für Grundwerte einstehen

Wir betonen daher offen und deutlich, dass die AfD rassistisch, menschenverachtend, homophob und antifeministisch ist. Wir relativieren die Gefahr, die von der AfD ausgeht, nicht, sondern benennen sie deutlich. Es sind wichtige Grundsätze unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, dass die Menschen grundsätzlich gleich sind und dass es für jeden Menschen die Möglichkeit gibt, seine Meinung jederzeit öffentlich artikulieren zu können, ohne Angst vor Repressalien oder körperlicher Gewalt zu haben. Diese Grundsätze teilt die AfD nicht. Indem rassistische und fremdenfeindliche Äußerungen durch politische Akteure gesellschaftlich anschlussfähig gemacht werden und Vorurteile gegenüber Minderheiten belebt werden, gelingt es der Partei bereits vorhandene rechte Einstellungsmuster zu kanalisieren. Hierbei werden Freiheits- und Menschenrechte argumentativ dafür in Anspruch genommen, um Ausgrenzungsforderungen gegenüber Menschen nicht-deutscher Herkunft zu rechtfertigen. Auf diesen Zug darf keine demokratische Partei aufspringen. Durch die Einschränkung demokratischer Grundrechte, wie sie die AfD fordert, wird es keinem Menschen besser gehen – im Gegenteil. Es ist die Aufgabe aller Demokrat*innen dies den Menschen klar zu machen. Statt sich gegen das Infragestellen demokratischer Grundwerte zur Wehr zu setzen, konstatieren wir eine Art „Überbietungswettbewerb“ von Politiker*innen aller etablierten Parteien. Das Nacheifern von AfD-Positionen zur Wähler*innengewinnung ist der größte Fehler, den die demokratischen Parteien machen können. Dies befördert nur die rassistische gesellschaftliche Grundstimmung und somit auch Übergriffe auf Flüchtlinge und deren Unterstützer*innen. Eine Partei, welche unsere demokratischen Werte und Normen hinterfragt und negiert und die parlamentarische Arbeit durch ihr Handeln radikalisiert, ist demokratiefeindlich. Unsere Antwort auf die Hetzrede und den Hass der AfD sind mehr Solidarität, ein klares Bekenntnis zur Willkommenskultur und den demokratischen Errungenschaften. Wir solidarisieren uns mit allen Menschen, welche von der AfD angegriffen oder diskriminiert werden.

Wir stellen uns der AfD entgegen – in den Parlamenten und auf der Straße

Überall dort, wo uns die AfD begegnet, stellen wir uns gegen sie. Wir beteiligen uns aktiv an Demonstrationen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und organisieren uns in

Antifa & Antira

Bündnissen gegen Rechts. Nicht nur bei Demonstrationen, sondern auch bei Veranstaltungen werden wir gegen die rechten Positionen der AfD protestieren. Ihre Parolen und Sprüche lassen wir nicht unkommentiert im öffentlichen Raum stehen! Rassist*innen und AfD-Anhänger*innen müssen verstehen, dass große Teile der Bevölkerung nicht nur ihre Meinung ablehnen, sondern auch bereit sind, sich ihnen aktiv in den Weg zu stellen. Hierfür organisieren wir uns in möglichst breiten Bündnissen auf lokaler Ebene, dem Bündnis „Mitmenschlich“ auf Landesebene und dem Bündnis „Aufstehen gegen Rechts“ auf Bundesebene. Ziel dieser Bündnisse ist es, möglichst weit in die Zivilgesellschaft hineinzuwirken und deutlich zu machen, dass unsere Vielfalt eine Stärke ist. Wir setzen uns dafür ein, eine gesellschaftliche Gegenmacht zu mobilisieren. Es gilt, die AfD zu demaskieren, ihren rassistischen und antidemokratischen Kern offenzulegen. Hier setzen wir uns für eine Aufklärung über die menschenfeindlichen Ziele der Partei ein und stellen klar, in welcher Tradition sie steht. Über die Inhalte informieren wir und zeigen unseren jungsozialistischen Gegenentwurf auf. Klare Positionen und eigene Antworten auf gesellschaftliche Probleme sind der Weg, wie wir der AfD das Wasser abgraben können. Gerade im Social-Media Bereich ist die AfD sehr stark aufgestellt. Wenn beispielsweise ein extrem hetzerischer Post veröffentlicht wurde, sollte für uns gelten: keine Panik. Wir müssen ein Gleichgewicht finden damit die skandalösen Inhalte auf der einen Seite nicht totgeschwiegen werden, aber sie auf der anderen Seite durch unser Agieren nicht noch mehr Reichweite bekommen. Provokation ist ein zentrales Element der AfD, die empörten Reaktionen und das Teilen der Inhalte ist gewollt. Das erhöht die Klicks und die Reichweite. Dies ist eine Aufmerksamkeit, die der AfD nicht zusteht. Daher gilt es besonnen zu handeln und nicht über jedes Stöckchen zu springen, welches die AfD-Propagandisten uns hinhalten.

Es ist die Aufgabe unserer Partei deutlich zu machen, dass die AfD bei der parlamentarischen Arbeit nicht nur versagt, sondern vielmehr in ihrer selbstverstandenen Rolle als „Fundamentalopposition“ den Angriff auf die demokratische Grundordnung wagt. Eine bloße Distanzierung von der AfD und ihren Thesen reicht nicht mehr aus. Wir nehmen es nicht hin, wenn sich SPD Funktionär*innen in ihren Aussagen der AfD annähern. Wir fordern die SPD auf, der AfD die Plattform zu entziehen anstatt es hier gleichzutun. Das heißt für uns auch, dass wir der AfD kein Podium bieten werden. Wir lehnen es ab, eine Partei als normale Partei zu behandeln, die offen gegen die Grundsätze der freiheitlich demokratischen Grundordnung verstößt und durch die Rassismus, Antisemitismus und Sexismus wieder verstärkt Teil politischer und gesellschaftlicher Diskurse werden. Dort wo es hingegen unumgänglich ist, ist der politische Streit zu suchen, gerade dann, wenn eine Verweigerung nur dazu dient, die Selbstinszenierung der AfD als Opfer der etablierten Parteien zu stärken. Dazu braucht es eine überparteiliche Allianz der im Landtag vertretenen Parteien zum parlamentarischen Umgang mit der AfD. Nicht jede Fraktion muss zu jedem Antrag der AfD sprechen. Vielmehr gilt es, die Probleme, die durch die AfD angesprochen werden, aufzugreifen und die falschen Lösungen zu kritisieren. Gemeinsam kann so die Absurdität der Äußerungen und Forderungen offengelegt werden, ohne sie zu stark aufzuwerten. Neben dieser politischen Kernstrategie bietet auch Satire eine Möglichkeit, die AfD und ihre Funktionäre zu entlarven und so deutlich zu machen, dass sie für uns kein Argumentationspartner auf Augenhöhe ist. Besonders der vom politischen Größenwahn befallene Bernd Höcke bietet sich geradezu selbst als Partner politischer Satire-Strategien an.

Solidarpakt weiter denken – für eine Neuausrichtung sozialdemokratischer Politik

Der neue antimuslimische Rassismus der Mitte, der mit der Sorge um abendländische Werte begründet wird, eint PEGIDA und die AfD. Er ist das Produkt einer Gesellschaft, in der die Spaltung zwischen Arm und Reich größer, die Möglichkeiten zum sozialen Aufstieg geringer, der Abstiegsdruck breiter Schichten, sowie die Entsolidarisierung der Gesellschaft stärker wird. Es gilt hier vor allem das Ausspielen der Schwachen in der Gesellschaft gegeneinander zu verhindern. Durch das Schüren von Sozialneid gelingt es der AfD eine Sündenbockpolitik zu etablieren und in Zusammenhang mit den Ängsten vor einen sozialen Abstieg zu bringen. Dies dürfen wir nicht

Antifa & Antira

zulassen. Gleichzeitig steht die AfD programmatisch für eine Politik der sozialen Ungerechtigkeit oder hat für viele Probleme überhaupt keine passenden Konzepte. Dazu gehört für uns, die soziale Ungleichheit als Problem ernst zu nehmen und aktiv anzugehen. Der Abbau des Sozialstaates und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge muss beendet werden. Die SPD muss für mehr Gerechtigkeit und Umverteilung von Reichtum eintreten und damit deutlich ihr Profil als politischer Gegenspieler zur AfD schärfen. Investitionen von staatlicher Seite sind in vielen gesellschaftlichen Bereichen dringend nötig. Wir sehen die SPD, wie alle anderen demokratischen Parteien, in der Pflicht, den Menschen vor allem dann zu begegnen, wenn sie sich mit sozialen Problemen konfrontiert sehen. Die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, der Abbau von Sozialleistungen, fehlende bezahlbare Wohnungen und die aktuelle Behandlung von Erwerbslosen bilden einen Nährboden. Wir begrüßen zwar ausdrücklich den Solidaripakt, allerdings darf soziale Politik keine einmalige Finanzleistung sein. Wir brauchen große Veränderungen und keine kleinen Reförmchen mit zahllosen Ausnahmen.

Um der AfD den Nährboden zu entziehen, legen wir Demokratiedefizite offen und bekämpfen sie. Ein nicht unwesentlicher Teil der Gesellschaft sieht in der parlamentarischen Demokratie keinen geeigneten Kanal mehr zur Artikulation ihrer Interessen. Das traditionelle Wähler*innenklientel der SPD fühlt sich von der Sozialdemokratie nicht mehr vertreten. Angesichts der Einführung neoliberaler Reformen und der durch Pragmatismus gekennzeichneten Politik während der Regierungsbeteiligung auf Bundes- und Landesebene ist das nicht verwunderlich. Wir brauchen Mut um Vertrauen zurückzugewinnen. Eine Politik, die sich lediglich damit rühmt, finanzierbar zu sein, wird die Menschen nicht zurückgewinnen können, die sich der AfD zugewandt haben. Die meisten Wähler*innen wechseln aufgrund ihrer Enttäuschung über andere Parteien zur AfD. Wir sehen hier einen klaren Auftrag zum Handeln. Dazu gehört die Verbesserung der politischen Kommunikation zu politischen Entscheidungen, die bessere Einbindung von Bürger*innen in politische Abläufe und mehr Transparenz bei politischen Entscheidungen.

Der Kampf gegen die AfD darf dich jedoch auch nicht nur ausschließlich auf die Kritik der sozialen Verhältnisse und das Beheben demokratischer Defizite beschränken. Eine gute Integrationspolitik ist der beste Beweis dafür, dass die AfD mit ihren rassistischen Parolen falsch liegt. Die SPD darf nicht in eine Konkurrenz mit der AfD um die Proteststimmen treten. Eine Kritik an der AfD ohne Schwerpunkt auf ihren rassistischen Charakter würde daher nicht zum Ziel führen. Es ist richtig und notwendig, die Sorgen und Ängste der Menschen ernst zu nehmen. Wenn die Reaktionen auf diese Ängste und Sorgen jedoch Hass, Wut und Gewalt sind, oder sich in einer diskriminierenden Haltung gegenüber ganzen Menschengruppen niederschlagen, dürfen wir nicht mit Toleranz und Verständnis begegnen. Wir müssen uns klar abheben von den völkisch-nationalen Positionen, der autoritären Politikvorstellung und der Nationalisierung sozialer und ökonomischer Problemlagen. Aus diesem Grund lehnen wir Parteiübertritte von AfD-Funktionären in die SPD generell ab. Wir müssen für das gesellschaftliche Gleichheitsprinzip eintreten und uns der Diskriminierung von Minderheiten entgegenstellen. Jede*r von uns – überall!

Antifa & Antira

H3 | Dem rechtspopulistischen B. Höcke und anderen Rassist*innen den Lehrauftrag entziehen!

Menschen wie B. Höcke, die rassistische und geschichtsrevisionistische Meinungen vertreten sollen keine Kinder unterrichten! Als AfB-Thüringen unterstützen wir deshalb den Vorstoß der Hessischen Landesregierung, sowie der hessische Landeschülervertretung, welche fordert, dass B. Höcke nicht mehr in Hessen unterrichten darf.

Internationales & Europa

I1 | Europa geht vor die Hunde, Mädchen, traurig, aber wahr!

Die Zeit ist jetzt für ein neues Europa

Bundesrepublik 2016: Wir erleben eine Rekordbeschäftigung, eine leichte Steigerung der Reallöhne, vor allem in gut organisierten Bereichen, sowie eine grundsätzliche positive Tendenz des Bruttoinlandsprodukts. Was wir aber auch erleben, sind die tiefen Krisen anderer EU-Staaten. Diese stürzen in die Rezession, die Jugendarbeitslosigkeit steigt immer weiter an, und die Privatisierungen vom Staatseigentum werden forciert.

Der wirtschaftliche Zusammenschluss von den europäischen Ländern bevorteilt insbesondere die wirtschaftlich stärksten Länder, während die anderen Staaten der EU einen Abwärtstrend verzeichnen. Die Austeritätspolitik der Troika, unterstützt von der Bundesregierung, verschärft das große Ungleichgewicht in einem Staatenverbund, welcher erst vor kurzem Friedensnobelpreisträger wurde. Dabei soll Europa eben nicht dazu führen, mit neoliberalen Phantasien Krisen und soziale Verwerfungen herbeiführen zu lassen. Europa muss mehr sein, als ein reines Wirtschaftsbündnis. Bis heute hat der Europarat es verfehlt, das Bündnis zu einem sozialen Projekt zu machen. Wir Jusos fordern ein soziales Europa, welche die Menschen und nicht den Profit im Blick hat.

Die Zeit ist jetzt für die Vereinigten Staaten von Europa

Wer mehr Gleichgewicht in Europa fordert, kann es nur mit einer Föderation als Instrument erkämpfen. Weil die europäischen Regierungen es nicht schaffen, sich auf einen Kurs zu einigen, fehlt eine echte Fiskalpolitik. Bis jetzt ficht die EZB mit der Möglichkeit der Geldpolitik den Kampf vergeblich alleine aus. Denn die Inflation mit einer langzeitigen Zinspolitik zu ermöglichen, bringt nachweislich keinen großen Investitionsanreiz. Deshalb fordern wir eine europäische Wirtschaftsregierung, die eine europäische Fiskalpolitik ermöglicht. Wir brauchen einen europäischen Investitionsplan und einen europäischen Bildungsförderplan, um langfristige Verbesserungen zu schaffen. Die Ziele der Verschuldensoptimierung und der Privatisierung sind kurzfristig orientiert und nicht zielführend. Wir sind überzeugt davon, dass die Lösung für die Schuldenkrise mit den **Eurobonds** in nahe Sichtweite rückt. Durch die Vergemeinschaftung der Schulden der europäischen Länder kann Europa den Rating-Agenturen trotzen und mit niedrigeren Zinsen sich schneller entschulden. Gleichzeitig ist das der nächste Schritt für unsere Vision der Vereinigten Staaten von Europa.

In einer globalisierten Welt dürfen Grenzen kein Argument sein. Was für die Wirtschaft lange gilt, muss endlich auch für die Sozialstrukturen gelten. Wir brauchen ein breites, europäisches Sozialprogramm, um Ungerechtigkeiten in Europa zu überwinden. Reichtum muss in Europa zwischen Ländern besser verteilt werden. Wir erleben eine Abwärtsspirale bei den ärmeren Ländern, während die reichen Länder immer reicher werden. Ein europäischer Länderfinanzausgleich bietet die Möglichkeit für Investitionen in strukturschwachen Regionen und mindert die großen Unterschiede in der Wirtschaftsleistung. Eine Angleichung der Wirtschaftskraft wird die EU krisenfester machen.

Internationales & Europa

Deutschland spielt dabei als wirtschaftlich stärkstes Land eine große Rolle in der einer solidarischen Umverteilung in Europa. Denn ein Länderfinanzausgleich schafft zwar grundsätzlich mehr Gerechtigkeit, ändert jedoch nicht automatisch etwas an den festgefahrenen wirtschaftlichen Verhältnissen der Mitgliedländern: Das können wir auch dem Beispiel des deutschen Länderfinanzausgleichs entnehmen. Deshalb ist es so wichtig, als Jugendverband in der Bundesrepublik auch klar zu bekennen: Genau, weil es die armen Länder gibt, kann der Euro so niedrig gehalten werden. Das verschafft Deutschland mehr Exporte, da billigere Waren sich auf dem Weltmarkt behaupten. Gleichzeitig wurde – auch mit der Hilfe der SPD in Zeiten von Schröders Kanzlerschaft - die Grundlage für ein langfristiges Lohndumping betrieben, was auch Auswirkungen auf die Exportpreise deutscher Güter hatte. Deshalb ist die Rhetorik der angeblichen Vorbildfunktion der BRD strikt abzulehnen. Wir als Jungsozialist*innen fordern ein Ende des Lohndumpings und die Anhebung der Lohnniveaus. Wir brauchen endlich eine europäische Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehören neben einem europäischen Mindestlohn einheitliche europäische Mindeststandards. Die Reform des Loi Travail der PS in Frankreich zeigt eindeutig, wie groß der Druck der Neoliberalen auf die europäischen Staaten mit starken Gewerkschaften ist: Anstatt damit zu argumentieren, dass Deutschlands Lohnniveau massiv steigen muss, um der Wirtschaftskraft zu entsprechen, wird die Abwärtsspirale in den Sozialsystem eingeläutet, um der Konkurrenz innerhalb Europas Stand zu halten. Deutschland ist geprägt von einer langfristig verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, die darauf abzielt, mehr Ungleichheit zu schaffen.

Der in Europa betriebene Wettkampf um den niedrigsten Körperschaftssteuersatz ist genau der falsche Weg. Auch Unternehmen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Dazu gehört auch ein vernünftiger Steuersatz, sodass kein Lösungsweg an einem europäischen Körperschaftssteueranteil vorbeikommt. Damit können wir geringe Körperschaftssteuersätze eindämmen und den Druck auf Regierungen verringern. Argumente gegen einen höheren Körperschaftssteuersatz, wie die Angst vor Unternehmenswegzug oder die Hoffnung, neue Unternehmen ansiedeln können, können wir nicht tolerieren. Lasst uns die europäischen Steueroasen trocken legen. Gleichzeitig ist damit eine Möglichkeit weiterer Steuererträge für die europäische Ebene geschaffen. Dieses Geld wird dringend gebraucht, um die sozialen Projekte der EU zu erhalten und zu erweitern.

Fernab von Realwirtschaft erleben wir seit Jahren die Steigerung des Börsenhandels – mit der Zunahme von spekulativen Blasen und den daraus folgenden Krisen, die auf Kosten von der Realwirtschaft ausgetragen werden. Deshalb ist es für uns unausweichlich, Regelungen zu ermöglichen, die Börsenhandel einschränken. Daneben ist die Einführung des europäischen Transaktionssteuer ein wichtiges Vorhaben. Die daraus entstehenden Steuererträge braucht die Europäische Union ohnehin, um mehr Investitionsprogramme zu ermöglichen. Gleichzeitig ist aber eine Steuererhebung ein Mittel, um die Anzahl der Transaktionen erheblich zu senken. Mit Beschränkungen und Steuern können wir den Börsenhandel disziplinieren und präventiv gegen Zocker vorgehen, die auf Kosten des Wirtschaftssystems und der Gesellschaft ihre eigenen Interessen verfolgen.

Internationales & Europa

I2 I Die Zeit ist jetzt...für doppelte Solidarität – #20JahreWBC

Wir als Jusos Thüringen müssen uns weiterhin für einen Austausch auf Augenhöhe mit der israelischen „Young Labour“, der „Meretz-Youth“ und der „Young Fatah Mouvement“ im Rahmen des Projekts Willy Brand Center Jerusalem engagieren. In unruhigen Zeiten ist es wichtig, gemeinsam mit unseren Partner*innen vor Ort für die Idee der doppelten Solidarität zu streiten und zu kämpfen. Damit dies geschehen kann, muss es einen regen Austausch untereinander und insbesondere vor Ort stattfinden. Ein Wandel in der Region kann nur durch Annäherung geschehen. Dabei sollen die Jusos eine vermittelnde Rolle einnehmen. Wir fordern, dass:

- Die Jusos Thüringen sich für eine Delegationsreise zum WBC in Jerusalem einsetzen. Diese Reise soll zum Ziel haben, sich mit unseren Partner*innen vor Ort über den Nahostkonflikt auszutauschen und verschiedene Narrativen kennenzulernen. Weitere unterschiedliche Schwerpunkte, wie z.B. Feminismus oder Arbeitspolitik, sollen dabei behandelt werden. Durch eine Vor und -Nachbereitung der Delegationsreise sollen die Erlebnisse gemeinsam reflektiert und verarbeitet werden, sodass die Teilnehmer*innen danach als Multiplikator*innen für unseren Landesverband arbeiten können.
- Es auf Veranstaltungen der Jusos Thüringen in Zukunft die Möglichkeit geben wird, Fördermitglied des WBC zu werden. Denn nur durch genug Unterstützer*innen ist es möglich dieses Projekt auch in Zukunft aufrechterhalten zu können. Auch die Thüringer Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene sollen durch uns Jusos auf das Projekt WBC aufmerksam gemacht werden.
- das Thema Naher Osten mit allen unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten zukünftig in Form von Seminaren, Diskussionsrunden, Workshops noch präsenter in der Verbandsarbeit sein soll. Es ist wichtig gemeinsam über das Thema zu diskutieren und sich auszutauschen, da wir uns als ein internationalistischer Jugendverband verstehen.

Freiheit

J1 I Kein Burka , Nikab oder Burkiniverbot

Die Landeskonferenz möge den Einsatz der Jusos Thüringen gegen ein Verbot von Burkas, Nikabs und Burkinis beschließen. Die Jusos Thüringen setzen sich gegen Kleidungs Vorschriften ein. Jede*r darf anziehen, was er*sie möchte, sofern die Kleidung kein verfassungsfeindlichen Merkmale besitzt.

J2 I Ziviler Ungehorsam ist kein Verbrechen!

Wir fordern die Straffreiheit von friedlichen zivilem Ungehorsam, welcher nicht gegen Leib und Leben geht. Weiterhin werden wir zu diesem aufrufen, wenn es zu Kundgebungen und Demonstrationen von Menschen kommt, die sich gegen unsere Grundwerte richten. Weiterhin fordern wir auch die SPD auf, zu diesem aufzurufen.

Kommunales & Infrastruktur

K1 I Neue Gemeinnützigkeit

Die Jusos Thüringen fordern,

die Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit für Wohnungsbauunternehmen. Diese verpflichten sich ihr Eigentum und Kapital gemeinwohlorientiert einzusetzen und werden dafür von steuerlichen Abgaben befreit.

Verpflichtungen:

- Mietpreisbindung nach Kostendeckungsprinzip
- Zielgruppenorientierung auf am Wohnungsmarkt benachteiligte Gruppen
- Reinvestierung der Gewinne abzüglich einer Rendite von maximal 4%

Privilegien:

- Gewerbesteuerbefreiung
- Körperschaftsteuerbefreiung
- zinsgünstige Darlehen

Partei & Organisatorisches

P1 I Unsere sozialistische Vision ist mit der GroKo nicht vereinbar

Die SPD hat 2013 mit der parteiinternen Mitgliederabstimmung über einen Koalitionsvertrag mit der Union Geschichte geschrieben. Die Mitglieder haben sich mehrheitlich für die Große Koalition entschieden, um mit Hilfe der Regierungsverantwortung unter anderem den Mindestlohn durchzusetzen, aber auch die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren, sowie die Frauenquote und die Gleichrangigkeit der sozialen Rechte mit den Wettbewerbsrechten in der deutschen Europapolitik zu ermöglichen. Im Gegensatz zu der Mehrheit der Partei haben wir als Jusos uns schon im Vorfeld der Abstimmung gegen die Idee einer großen Koalition ausgesprochen, da eine derartige Zusammenarbeit mit unserer sozialistischen Vision nicht vereinbar sein kann.

In den Jahren der Regierung ist die Große Koalition genau dieser Kompromiss geworden, der dem historischen Profil der SPD schadet. Alle Vorhaben der SPD wurden von CDU und CSU mit Ausnahmen durchlöchert, bei vielen Projekten blockt die CDU komplett. Deshalb kann die Union kein Partner für uns sein. Wir müssen auch konservative Parteien in den Kampf gg. Faschismus einschließen.

Für die Sozialdemokratie ist das Projekt der Großen Koalition kein Weg zu einem Politikwechsel. Mit dem Anspruch, eine progressive Kraft in der Republik zu sein, lässt sich eine gemeinsame Arbeit innerhalb der Regierung mit einer Partei, die für Werte vergangener Jahrhunderte, eine starke Marktorientierung und Law&Order-Politik einsteht, nicht vereinbaren.

Als linke Kraft innerhalb der SPD fordern wir Grundsatzentscheidungen von der SPD ein, die nicht verhandelbar sein können. Wir haben in den letzten drei Jahren verfolgen können, dass unsere Partei Beschlüsse mittragen muss, die gegen unser sozialistisches Verständnis sprechen.

Die Kriege in der Welt verschafften eine turbulente politische Phase in Deutschland. Nach Jahren der Depolitisierung durch Merkels Politik beobachten wir einen Rechtsruck der Gesellschaft. Rechte Parteien und Meinungen gewinnen immer mehr an Zustimmung. Diese Tendenzen sind brandgefährlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte, sowie Großdemonstrationen gegen Moscheen und Geflüchtete erschüttern die Grundpfeiler der Demokratie. Die in mehreren Landtagen vertretene AfD hat Rassismus und Homophobie offen auf die Tagungsordnung und in die Landtagsprotokolle platziert. Aus Angst vor Verlust an Wählerstimmen nutzen auch die SPD-Mandatsträger*innen rechte Rhetorik, welche wir in allen Formen scharf kritisieren und verurteilen. Es wurden außerdem Vorschläge der Union mitgetragen, die das Asylrecht verschärften. Wir als Jusos haben kein Verständnis für ein derartiges Agieren und sehen darin einen Bruch mit unseren zentralen Werten: Gleichheit, Freiheit und Solidarität. Die Debatte um die Begrenzung der Flüchtlingszahlen erschütterte unser Glauben an die Richtigkeit der staatstragenden Rolle der SPD nach dem Scheitern des Lagerwahlkampfes im Jahr 2013. Die politische Idee der SPD wurde immer weniger sichtbar, die Koalition verschaffte eine deutliche Annäherung der beiden Volksparteien in Punkten, in denen wir ein ganz klares Statement verlangten und keine Kompromisse erduldeten. Die zusätzliche Krise der Europäischen Union ermöglichte der CDU ein weiteres Aufweichen der sozialdemokratischen Haltung zum Neoliberalismus. Wir müssen wieder unser sozialdemokratisches Profil schärfen.

Wir fordern eine zukunftsorientierte Politik, die auf Investitionen, statt auf Sparen fußt. Schäuble hat alles daran gesetzt, die Schwarze Null zu halten und wichtige Investitionen in Bildung, Infrastruktur und den Sozialstaat zu begrenzen. Das kann nicht der Anspruch der Sozialdemokratie sein.

Partei & Organisatorisches

Wir fordern einen Wechsel von Wirtschaftsstaat zum Sozialstaat. Die Sozialdemokratie muss sich mit Gewerkschaften und sozial Schwachen solidarisieren. Der Sozialstaat gehört ausgebaut, die Macht der Wirtschaft eingedämmt. Mit der CDU ist eine Politik für die Schwächsten unserer Gesellschaft nicht realisierbar.

Mit der CDU ist keine soziale Arbeitnehmer*innenpolitik möglich. Dies zeigt sich deutlich in der andauernden Kritik am beschlossenen Mindestlohn, aber auch in den Ausnahmen im verabschiedeten Gesetz. Wenn wir die Sozialdemokratie als Lobby der Arbeitnehmer*innen verstehen, so darf die CDU, die traditionell unternehmerfreundlich agiert, kein passender politischer Partner für uns sein.

Wir stehen für eine Politik ein, die gegen jegliche Diskriminierungen vorgeht. Für uns heißt die Devise: Mensch ist Mensch. Auch heute sind wir weit davon entfernt, alle Menschen gleich zu behandeln. Wir erleben Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der Hautfarbe, der sexuellen Orientierung, der Herkunft und des sozialen Standes. Bei allen wichtigen Vorhaben, hat die Union blockiert. Die Homo-Ehe, das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare und die ausnahmslose Gleichstellung mit den heterosexuellen Paaren in allen Familienbereichen sind weiterhin Zukunftsmusik. Ministerin Schwesig musste lange für eine Frauenquote kämpfen, das Lohngleichheitsgesetz scheidet weiterhin an der Union. Auch mit der SPD als Juniorpartner änderte sich nichts in dem Europa-Kurs von Merkel. Es gelten die Maastricht-Kriterien weiterhin, die harte Sparpolitik legte viele Volkswirtschaften in Europa lahm und begründete noch größere soziale Verwerfungen. Der Privatisierungsdruck seitens Deutschlands hat eine Zunahme der Wirtschaftsmacht in den Krisenländern zu Folge.

Auch die umgesetzte Forderung nach dem Mindestlohn, die allen Mitgliedern am Herzen lag, wurde dank der Unionsfraktionen nur mit Ausnahmen beschlossen, eine Mindestrente wird von der CDU/CSU weiterhin blockiert. Die größere Teilhabe von Jugendlichen stößt auf Gegenwind der CDU. Eine Wahlabsenkung auf 16 Jahre lehnt sie kategorisch ab.

Wir fordern mehr Freiheit anstatt mehr Sicherheit ein: Das von der CDU durchgedrückte Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung lehnen wir strikt ab. Auch die ‚neuen‘ alten Maßnahmen, wie die Abschaffung der ohnehin restriktiven doppelten Staatsbürgerschaft oder die Aufweichung der ärztlichen Schweigepflicht kann nicht die Antwort auf Terror sein. Gleichzeitig ist für uns auch klar, dass in einer Koalition nicht alle sozialdemokratischen Projekte verwirklicht werden können. Eine Koalition ist ein ständiger Kompromiss von in Wettbewerb stehenden Parteien. Uns ist es bewusst, dass es auch viele Unterschiede zwischen der SPD, der Linkspartei und den Grünen gibt.

Für uns steht fest, dass wir insbesondere die Förderung staatlicher Schulen einfordern – Freie und Privatschulen sind und bleiben für uns Abschottung der sich selbst reproduzierenden Elite. Diese gesonderte Elitenförderung lehnen wir strikt ab.

Eine Verzichtsdebatte muss in einer Welt, in welcher immer mehr Ressourcen verschwendet werden, ohne Wenn und Aber geführt werden. In unserer Gesellschaft ist der Verzicht jedoch eine soziale Frage. Für uns kann es nur sozialverträglichen Verzicht und eine sinnvolle Warensubstitution geben. In einer Welt, in welcher terroristische Gruppen und totalitäre, autoritäre oder monarchische Herrscher die eigene Bevölkerung demütigen, kann Frieden nicht Pazifismus bedeuten. Gleichzeitig fordern wir eine globale Abrüstung ein, die für uns hilfreicher erscheint, als eine pauschale, unüberlegte Forderung nach dem NATO-Austritt. Wir wollen jedoch langfristig die Strukturen aus dem Kalten Krieg – und damit die NATO - überwinden.

Partei & Organisatorisches

Wir wollen eine Außenpolitik der Versöhnung. Deswegen ist das Völkerrecht für uns nicht verhandelbar. Wer das Völkerrecht bricht, muss dafür bestraft werden. Deshalb befürworten wir Sanktionen gegen die Machthabenden in Staaten, die sich dem allgemeingültigen Völkerrecht widersetzen.

Wir erhoffen uns von Rot-Rot-Grün einen echten Politikwechsel, für den es zu streiten lohnt. Die zunehmende Ungleichheit und Ungerechtigkeiten in der Bundesrepublik, in Europa und auf der ganzen Welt kann für uns nur mit einer linken Politik bekämpft werden. Es gilt, Kräfte im linken Lager zu bündeln. Wir brauchen sie, um für die soziale Gerechtigkeit zu kämpfen. Unsere Parteien verbindet viel mehr, als was uns trennt. Mit dem Projekt Rot-Rot-Grün wird eine soziale Arbeitsmarktpolitik möglich, die mit den Gewerkschaften an der Seite für gute Arbeit streitet. Mit Rot-Rot-Grün können wir endlich viele unsere bildungspolitischen Ziele umsetzen. Sei es die Aufhebung des Kooperationsverbotes, die gezielte Förderung von (Hoch)Schulen, die Verbesserung der Ausbildung, sowie mehr Geld für Forschung – mit der Prämisse der Zivilklausel. Mit dem Projekt einer Koalition links der Mitte können wir endlich Projekte, wie ein modernes Einwanderungsgesetz, eine neue Willkommenspolitik und die Entschärfung des Asylrechts angehen. Der Trend der Digitalisierung kann mit Rot-Rot-Grün endlich auch im politischen Handeln Spuren hinterlassen. Das Internet darf nicht als Neuland betrachtet werden. Wir erwarten von Rot-Rot-Grün aber auch die Hinwendung zu einer Jugendpolitik, die die Jugend miteinbezieht. Dazu gehört auch ein Wahlalter ab 16, ebenso wie eine ausreichende Finanzierung der Jugendarbeit. Was wir brauchen, ist eine Koalition, die endlich ein Ja zu mehr Investitionen und ein entschiedenes Nein zur alleinigen Prämisse der Schwarzen Null sagt. Gleichzeitig erhoffen wir von Rot-Rot-Grün steuerpolitische Reformen. Wir sind uns sicher, dass mit einer derartigen Koalition, die Transaktionssteuer, sowie die Vermögenssteuer endlich eingeführt werden können und die Erbschaftssteuer sowie die Kapitalertragssteuer erhöht werden.

Wir könnten uns nach mehr als anderthalb Jahren Rot-Rot-Grün vergewissern, dass es eine Alternative zu einem Bündnis mit einer Partei, dessen politischer Hauptgegner wird sind, gibt. Wir wissen, dass Forderungen, die nach einer sozialen und ökologischen Alternative zum gegenwärtigen System mit den Grünen und Linken besser umsetzbar sind.

Wir wollen eine Zukunft, die auf sozialer Teilhabe, Bildungschancen für jede*n und kontinuierlichen Investitionen in die Infrastruktur baut. Das können wir in einer großen Koalition nicht ermöglichen. Deswegen ist das Projekt Rot-Rot-Grün eine reale Möglichkeit, für den Politikwechsel zu kämpfen. Die Erfahrungen aus Thüringen zeigen uns aber auch eins: mit der Verwirklichung von R2G geht der Kampf erst los. Deswegen wollen wir auch auf Bundesebene mit den R2G Jugendverbänden dafür sorgen, dass unsere Vision sich auch in politischen Handeln widerfindet. Für uns sollte es nur zwei Alternativen geben: Rot-Rot-Grün oder die Opposition. Deshalb fordern wir den Parteivorstand auf, eine mögliche Koalition mit der CDU im Bund auszuschließen und gleichzeitig ein verstärkt ein Gespräch mit den Linken und Grünen zu suchen.

Partei & Organisatorisches

P2 I Rot-Rot-Grün weitermachen!

Wir fordern die SPD-Thüringen auf, eine Koalitionsaussage für die Zukunft zu machen und sich damit auf eine weitere Periode Rot-Rot-Grün festzulegen.

P3 I Die Zeit ist jetzt, mit unseren Visionen zu überzeugen.

Die Zeit ist jetzt für eine neue Kampagne.

Die Jusos Thüringen sind ein politischer Jugendverband, der den Anspruch hat, bestehende Verhältnisse zu überwinden und grundlegend zu verändern. Dies gelingt nur über eine Mitgliederorganisation, die breit aufgestellt ist. Unsere Stärke sind unsere Mitglieder, die für unsere Positionen streiten und an allen Stellen versuchen, die Gesellschaft zu verbessern. Unsere interne Bildungsarbeit leistet einen Beitrag, diesem Anspruch gerecht zu werden. Die Entwicklung unserer Mitgliederzahlen hinkt unserem Ziel jedoch hinterher. Die Zeit ist deshalb jetzt für eine neue Kampagne!

Wir organisieren die Jugend für eine bessere Gesellschaft!

Seit einer Generation befindet sich Europa in einer Dauerkrise. Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind noch heute zu spüren. Ein Höhepunkt dieser krisenhaften Situation ist der drohende Brexit. Doch es sind nicht nur Finanzkrisen: Der zunehmende Rechtsruck in Europa und Deutschland und eine AfD, die aus dem Leid von Geflüchteten politisches Kapital schlägt, tragen zu Entthemmung und Radikalisierung der Gesellschaft bei und gefährden ihren Zusammenhalt.

Gerade junge Menschen befinden sich durch eine alle Gesellschaftsbereiche erfassende neoliberalen Wettbewerbslogik in einem ständigen Kampf gegen Abstiegsängste: Die Ökonomisierung des Bildungssystems, ein künstlicher Beschleunigungsdruck durch Schul- und Hochschulreformen, die Inflation unbezahlter Praktika, häufige dem Arbeitsmarkt geschuldete Wohnortwechsel, Kettenbefristungen, Honorar- und Projektarbeit und prekärer Beschäftigung machen eine selbstbestimmte Lebens- und Zukunftsplanung beinahe unmöglich.

Den Zwängen zu ständiger Selbstoptimierung und Statuswahrung entsprechend finden junge Menschen immer weniger Zeit zur politischen Partizipation. Viele junge Menschen, die mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden sind, verfallen zudem in eine Lethargie angesichts der schrecklichen Nachrichten der letzten Zeit. Zu viele haben ein Gefühl der (politischen) Ohnmacht, das sich durch fehlendes Engagement noch weiter verstärkt. Junge Menschen entmündigen sich dadurch selbst. Für uns ist das kein Zustand!

Wir sind überzeugt, dass es sich lohnt, die eigene Stimme zu erheben. Wir sind überzeugt, dass wir gemeinsam der neoliberalen Wettbewerbslogik eine andere Idee von Gesellschaft entgegenstellen können: Eine Gesellschaft, in der sich jede*r als wertvoller Teil erfährt und politische Partizipation für jede*n selbstverständlich ist. Es mangelt nicht an Ideen und auch nicht an Menschen, die eine andere Gesellschaft wollen. Angesichts der politischen Lethargie müssen wir uns aber vermehrt der Frage stellen: Wie begeistern wir junge Menschen eine Haltung einzunehmen? Wie organisieren wir junge Menschen in ihrer Ablehnung des kapitalistischen Systems und des bestehenden Rechtsrucks? Wie schaffen wir es, dass junge Menschen wieder Lust bekommen auf Politik?

Partei & Organisatorisches

Unsere Kampagnenaussage: Die Zeit ist jetzt, ums Ganze zu kämpfen!

Wir sind überzeugt, dass die Mehrheit junger Menschen eine solidarisch verfasste und weltoffene Gesellschaft als Bereicherung ansehen und nationalchauvinistische Parolen ablehnen. Pegida-Großdemonstrationen, AfD- und Neonazi-Aufmärsche, die Wahlergebnisse in vielen Bundesländern wie zuletzt in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zeigen uns, unter welchem Druck unser solidarisches Teilhabeversprechen steht. Wir wollen daher mit einer neuen Kampagne junge Menschen auffordern, jetzt aktiv Haltung einzunehmen und Position für Weltoffenheit, Toleranz und Solidarität zu beziehen. Wir wollen mit jungen Menschen ins Gespräch darüber kommen, wie man Gesellschaft verändern müsste und dafür sensibilisieren, dass man Gesellschaft nie alleine verändern kann. Dafür braucht es Unterstützung. Nur wenn man sich zusammenschließt, kann man mit einer starken Stimme sprechen. Politisch ist die Sozialdemokratie die einzige Kraft, mit der Europa solidarisch gestaltet werden kann. Uns ist bewusst, dass die SPD in vielen Politikbereichen aus unserer Sicht Fehler gemacht hat. Wir Jusos sind dabei stets innerparteiliche Mahner*innen und Kritiker*innen gewesen mit dem Ziel, die SPD wieder auf einen originär sozialdemokratischen, auf einen linken Kurs zu bringen. Aber auch in der SPD können wir nur dann eine starke Stimme erheben, wenn wir viele sind.

Deswegen wollen wir junge Menschen auffordern, Position zu beziehen und Teil unserer Bewegung, Teil der Jusos zu werden. Gemeinsam verändern wir die SPD und mit der SPD verändern wir die Politik! In Zeiten wie diesen gefährdet Passivität den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die Zeit ist jetzt, sich aktiv dafür einzusetzen, dass diese Gesellschaft neu zusammenwächst! Die Zeit ist jetzt, ums Große und Ganze zu kämpfen!

Wir machen auf uns aufmerksam: in Stadt und Land.

Unsere Kampagne werden wir mit neuen Aktionsformen, Online-Formaten, Postkarten und Stickern begleiten. Damit wollen wir in sozialen Netzwerken Aufmerksamkeit auf uns lenken, junge Menschen ermutigen, ihre Position einzubringen und sie auffordern, sich bei uns zu engagieren. Das kann jedoch nur ein Erfolg werden, wenn sich viele Genoss*innen und alle Kreisverbände hieran beteiligen. Wir werden in Stadt und Land unsere neue Kampagne nach außen tragen: mit vielfältigen Aktionen im öffentlichen Raum und im Internet, mit Neumitgliederabenden, als Kreisverband oder in Kooperation mit befreundeten Verbänden.

Wir wollen zeigen, dass Politik Spaß machen kann. Wir wollen zeigen, wie empowernd es sein kann, sich mit Gleichgesinnten für eine bessere Welt zu engagieren. Wir wollen zeigen, dass Politik etwas anderes sein kann, als die Verwaltung jenes unfassbar kleinen Spielraums, den Sparlogiken und kapitalistische Zwänge vermeintlich zulassen. Aber dabei ist es uns verdammt ernst! Und wir fangen heute damit an!

Partei & Organisatorisches

P4 I Mehr Jusos in SPD Gremien

Als Jusos wollen wir mehr Einfluss in die SPD durch aktive Gremienarbeit leisten und in den Ortsvereinen vor Ort sein. Dazu unterstützen wir junge Kandidat*innen und bieten Unterstützung durch Erfahrungsaustausch und Seminarangebote.

P5 I Urwahl der Spitzenkandidat*innen

Der*die Spitzenkandidat*in der SPD für Bundes- und Landtagswahlen soll – sofern mehrere Kandidat*innen zur Auswahl stehen – in einer Urwahl unter allen Mitgliedern der SPD bestimmt werden. Es ist dabei darauf zu achten, dass die Stimmabgabe sowohl online als auch per Post möglich ist. Weiterhin muss es Interessierten nach Ankündigung der Urwahl möglich sein, bis zu einem Stichtag Mitglied der SPD zu werden.

Die SPD als Mitgliederpartei lebt von der Stärke ihrer Basis. Unsere Partei zeichnet sich durch die Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und dadurch aus, dass wir diese in inhaltlichen Diskussionen stets erneuern. Unsere Partei steht dabei allen offen – egal woher sie kommen und welchen sozioökonomischen Hintergrund sie haben. Wir laden alle Menschen ein, die sich mit den Grundwerten der sozialen Demokratie identifizieren, sich mit uns für eine bessere Gesellschaft zu organisieren. Der Basis unserer Partei soll daher auch die Entscheidung darüber zukommen, wer sie und die sozialdemokratischen Werte in einer Wahl am besten vertritt.

P6 I Antragskommission

Die Jusos Thüringen fordern die Antragskommission auf den Landesparteitagen der SPD Thüringen abzuschaffen.

Umwelt

U1 | Küken-Schreddern verbieten

Jährlich werden in Deutschland 40 bis 50 Million männliche Küken direkt nach dem Schlüpfen vergast und geschreddert oder sogar bei lebendigem Leib maschinell zerhackt – das sind über 100.000 Tiere pro Tag. Diese sogenannten Eintagsküken können keine Eier legen, setzen nicht schnell genug Fleisch an und gelten deshalb als wirtschaftlich irrelevant und uninteressant.

Bisher versuchten Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen vergeblich, die Massentötung per Erlass zu verhindern. Immer wieder entschieden Gerichte gegen die ethischen Gesichtspunkte des Tierschutzes und zugunsten menschlicher Nutzungsinteressen. Es wurde jeweils mit dem Tierschutzgesetz begründet, dass das Töten der Tiere billige, sofern ein vernünftiger Grund vorliege. Aufgrund gewisser Vorgehensweisen und mehrerer journalistisch aufgedeckter Fälle erscheint aber auch die Argumentation mit § 1 Satz 2 TierSchG („Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.“) fragwürdig und ist zumindest anzuzweifeln. So werden Hahnenküken aus Legerassen nur aufgrund der Vermeidung wirtschaftlicher Verluste getötet. Zu oft entsorgen Brütereien töte Tiere auch mit dem Hausmüll, was der Prämisse des Tierschutzgesetzes „Tötung ohne Grund“ ebenfalls widerspräche. Die Bundesregierung und CSU-Landwirtschaftsminister Schmidt stellen sich zudem mit der Begründung, dass die Firmen ins Ausland abwandern würden, gegen ein Verbot.

Gleichzeitig gibt es auch Alternativen, die das Argument des wirtschaftlichen Verlustes mindestens einschränken lassen. So gibt es ein vielversprechendes Forschungsprojekt, dass bereits Ende dieses Jahres abgeschlossen sein wird. Es handelt sich hier um eine Kombination aus Lasertechnologie und Nah-Infrarot-Raman-Spektroskopie: Zunächst wird ein kleines Loch in das befruchtete Ei geätzt und danach das Geschlecht des Embryos bestimmt. Handelt es sich um eine Henne, wird das Schalensegment wieder angeklebt und das Küken ausgebrütet. Ist es ein Hahn kann man das Ei aus dem Ausbrütungsvorgang entfernen, noch bevor das heranwachsende Tier Schmerzen erfahren kann. Diese Methode sollte stärker als bisher gefördert werden, um eine schnellere Marktreife zu generieren. Auch sollten die kostspieligen Anschaffungen subventioniert werden, um Anreize für die Firmen zu setzen.

Ein radikalerer Vorschlag wäre die Umstellung der Hühnerzucht auf Zweitnutzungsrassen, die sowohl zum Eierlegen als auch zum Schlachten vermehrt werden können. Weibliche Küken des Zweitnutzungshuhn werden als Legehennen aufgezogen, männliche Küken werden später separiert und für die Fleischnutzung gemästet.

Als Jusos fühlen wir uns einem Tierschutz verpflichtet, der nicht nur auf moralischer Ebene, sondern auch auf rechtlicher Ebene im 21. Jahrhundert angelangt ist: Die Jusos Thüringen fordern deshalb den sofortigen Stopp und ein Verbot des massenhaften Tötens männlicher Küken in der Geflügelzucht. Als Ausgleich verlangen wir eine Förderung der frühzeitigen spektroskopischen Geschlechtsbestimmung sowie eine Verlagerung der Geflügelzucht hin zum Zweitnutzungshuhn. Wir sehen dies als Aspekt einer generellen Kritik an der Massentierhaltung.

Umwelt

U2 I Mikroplastik verbieten – den Schutz von Mensch und Tier vorantreiben!

Die Landeskonferenz möge den Einsatz der Jusos Thüringen für ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetikprodukten beschließen. Weiterhin muss nach Alternativen zu Mikroplastik als Wirkstoffträger in

Arzneimitteln geforscht werden. Zum Erhalt der Salzwasser-Ökosysteme und dem Schutz von sämtlichen Meereslebewesen sowie Seevögeln fordern die Jusos Thüringen diese Schritte schnellstmöglich ein. Diese Maßnahmen gelten auch der Gesundheit des Menschen.

W

W1 I Menschen sind scheiße – stop being stupid.

Die Jusos Thüringen fordern, dass Menschen aufhören so scheiße zu sein.

W2 I Rote Rakete – Im Zweifel für die Freiheit!

Eine Raketenfahrt zum Mond, an Bord Bausewein, Klatt und Gloria (jeweils one way).

W3 I Initiative für mehr Juso-Babys

Die Jusos Thüringen setzen sich für eine signifikante Erhöhung der Juso-Baby-Population ein.